



BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT UND DEN NATIONALEN PARLAMENTEN

**JAHRESBERICHT
2017**



Europäisches Parlament

DE

DIE PARLAMENTE IN DER EUROPÄISCHEN UNION



Die Arbeitsweise der Europäischen Union beruht auf der repräsentativen Demokratie.



751 MEPs



Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat von ihrem jeweiligen Staats- oder Regierungschef und im Rat von ihrer jeweiligen Regierung vertreten, die ihrerseits in demokratischer Weise gegenüber ihrem nationalen Parlament oder gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen müssen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind auf EU-Ebene unmittelbar im Europäischen Parlament vertreten.



Die nationalen Parlamente tragen aktiv zur guten Arbeitsweise der Europäischen Union bei, indem sie...



...von den EU-Organen unterrichtet und ihnen Entwürfe von EU-Rechtsvorschriften übermittelt werden.



...für die Achtung des Subsidiaritätsprinzips sorgen.



...sich an den Bewertungsmechanismen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts beteiligen und in die politische Kontrolle von Europol und die Bewertung von Eurojust einbezogen werden.



...sich an den Verfahren zur Änderung der EU-Verträge beteiligen.



...über Anträge auf Beitritt zur Europäischen Union unterrichtet werden.



...sich an der interparlamentarischen Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und mit dem Europäischen Parlament beteiligen.



Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente legen gemeinsam fest, wie eine effiziente und regelmäßige Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten innerhalb der Europäischen Union gestaltet und gefördert werden kann.



Eine Konferenz der Europa-Ausschüsse der Parlamente kann jeden ihr zweckmäßig erscheinenden Beitrag dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission zur Kenntnis bringen. Diese Konferenz fördert ferner den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament.

Jahresbericht 2017

**Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und
den nationalen Parlamenten**

Eine Veröffentlichung der
Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten des Europäischen Parlaments, die
zur Generaldirektion Präsidentschaft des Europäischen Parlaments gehört.

Direktorin: Katrin Ruhrmann, katrin.ruhrmann@ep.europa.eu

Leiter des Referats Institutionelle Zusammenarbeit: Pekka Nurminen,
pekka.nurminen@ep.europa.eu

Leiter des Referats Legislativer Dialog: Jesús Gómez, jesus.gomez@ep.europa.eu

Manuskript erstellt von: Diana Ciuche, diana.ciuche@ep.europa.eu

Redaktionsschluss: 27. April 2018

relnatparl@ep.europa.eu

www.europarl.europa.eu/relnatparl

Alle Fotos und Abbildungen © Europäische Union 2018.

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten berät die politischen Gremien, die Mitglieder und das Generalsekretariat des Europäischen Parlaments bei ihrer institutionellen Zusammenarbeit und im Hinblick auf den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten. Sie unterstützt interparlamentarische Aktivitäten, trägt zur Umsetzung der Vertragsbestimmungen über die interparlamentarische Zusammenarbeit im Europäischen Parlament bei und bringt ihre Fachkenntnisse zu nationalen Parlamenten während des gesamten Gesetzgebungszyklus und in anderen Bereichen des Europäischen Parlaments ein.

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten agiert als Wissenszentrum für Informationen über nationale Parlamente und erteilt der Verwaltung des Europäischen Parlaments Auskünfte über bewährte Verfahren in nationalen Parlamenten. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Verwaltungsnetzen der interparlamentarischen Zusammenarbeit. Sie verwaltet die Beziehungen mit den Beamten, die die nationalen Parlamente in Brüssel vertreten, und pflegt enge Kontakte mit ihren Verwaltungen.

JAHRESBERICHT 2017

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig sind	7
1. Kontext des Berichts	9
2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit	11
2.1 Die Rolle der nationalen Parlamente in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union und den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU.....	11
2.2 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu EU-Themen.....	13
2.3 Die Zukunft der EU als globaler Akteur im Kontext der derzeitigen globalen Veränderungen.....	14
2.4 Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol: Fortschritte bei den praktischen Modalitäten.....	16
2.5 Die externe Dimension der Migration.....	17
2.6 Interparlamentarische Zusammenarbeit bei institutionellen Fragen.....	19
2.6.1 Interparlamentarische Zusammenarbeit beim jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission.....	19
2.6.2 Interparlamentarische Zusammenarbeit bei der Transparenz des Entscheidungsfindungsprozesses der EU.....	20
2.6.3 Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags.....	20
3. Institutionelle parlamentarische Gremien	21
3.1 Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC).....	21
3.2 Die Jahreskonferenz und informelle Konferenzen der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK).....	22
4. Interparlamentarischer Dialog	24
4.1 Europäische Parlamentarische Woche und Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPC SECG).....	24
4.2 Interparlamentarische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik.....	25
4.3 Interparlamentarische Ausschusssitzungen und sonstige interparlamentarische Treffen.....	26
4.4 Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament.....	28
5. Das „Frühwarnsystem“ und der „informelle politische Dialog“ - Die Protokolle Nr. 1 und Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon	29
5.1 Frühwarnsystem.....	29
5.2 Informeller politischer Dialog.....	31
5.3 Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.....	31
6. Instrumente zum Informationsaustausch und zur Vernetzung	33
6.1 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD).....	33
6.2 Interparlamentarischer EU-Informationsaustausch (IPEX).....	34
6.3 Andere Instrumente und Netzwerke.....	35
7. ANHÄNGE	38
ANHANG I - Tagungen der COSAC - Themen und Hauptreferenten 2017.....	38
ANHANG II - Von Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel organisierte interparlamentarische Treffen im Jahr 2017.....	39
ANHANG III - Besuche nationaler Parlamente im Europäischen Parlament (einschließlich Videokonferenzen) 2017.....	41
ANHANG IV - Daten zum Frühwarnmechanismus.....	44
ANHANG V - Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD).....	46

Vorwort der Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig sind

Als Vizepräsidenten, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig sind, freuen wir uns, den Tätigkeitsbericht 2017 der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten vorzulegen.

In diesem Jahresbericht werden die jüngsten Tätigkeiten und Entwicklungen im Bereich der interparlamentarischen Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten der EU dargestellt und ausführlich über die Tätigkeiten und Initiativen des letzten Jahres informiert.

2017 war in vieler Hinsicht ein Jahr des Wandels, nicht zuletzt für die interparlamentarischen Beziehungen.

Wir begrüßen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten vertieft hat. Bei der Entwicklung einer soliden, auf Vertrauen und gegenseitiger Zusammenarbeit basierenden Partnerschaft wurden wesentliche Fortschritte erzielt.

Diese Sichtweise bestimmt unser Handeln. Sie treibt uns dazu an, neue Möglichkeiten der formellen und informellen Zusammenarbeit zu nutzen und weitere Anstrengungen zu unternehmen, um den Dialog zu intensivieren.

2017 wurden die Debatten über Migration und Grenzkontrollen, Brexit, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit fortgesetzt. Daneben standen Sicherheit, Außen- und Verteidigungspolitik, die Wirtschafts- und Währungspolitik, die Europäische Säule der sozialen Rechte, der digitale Binnenmarkt sowie Beschäftigung und Investitionen ganz oben auf der Tagesordnung der interparlamentarischen Treffen.

Nach einem Tiefpunkt im Jahr 2016 ist das Vertrauen der europäischen Bürger in die Zukunft der EU wieder gestiegen.

Auf parlamentarischer Ebene besteht Einvernehmen darüber, dass weitere Anstrengungen nötig sind, um die aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen und die Debatte über eine stärkere und geeintere Union wiederzubeleben. Diese Bereiche gegenseitigen Interesses haben entscheidende Bedeutung für die Ausrichtung unserer interparlamentarischen Zusammenarbeit.

Auf institutioneller Ebene lag der Schwerpunkt der Debatten auf dem jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission und der Transparenz im Entscheidungsfindungsprozess der EU. Fortschritte gab es auch in der Diskussion über die gemeinsame parlamentarische Kontrolle von Europol, daran wird deutlich, dass die parlamentarische Kontrolle der Exekutivbefugnisse der EU zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Den nationalen Parlamenten, die im Zentrum der Demokratie in der EU stehen, kommt in der laufenden Debatte über die Zukunft Europas eine Schlüsselrolle zu, sie müssen zusammen mit den Regierungen diese Debatte gestalten und beeinflussen. Auch bei unterschiedlichen Ansichten gilt es, eine Zersplitterung zu vermeiden. Die nationalen Parlamente üben eine wirksame Kontrolle der Tätigkeiten ihrer Regierungen bei EU-Angelegenheiten aus, dies ist wichtig, um eine Verbindung zwischen der Arbeit auf Ratsebene und auf Ebene der nationalen Parlamente sicherzustellen.

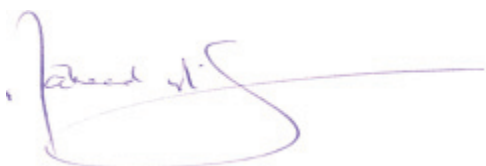
Die Unterstützung der Reformen durch die Bürger muss gesichert werden und ist eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen. Parlamente sind in einer idealen Position, die Bürger zu befähigen und in die Lage zu versetzen, Verantwortung für das zu übernehmen, was die EU darstellt, und den Wert zu verstehen, den die EU für unser aller Leben bedeutet. Heute kommt es mehr denn je darauf an, den Parlamentarismus zu stärken. Nationale Parlamente und das Europäische Parlament müssen eine Reihe von Kernwerten bestimmen, denen sie sich widmen wollen.

Vor uns liegt ein Jahr neuer Herausforderungen.

Im Mai 2019 werden die europäischen Bürger bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament abstimmen. Die Parlamente in ganz Europa hegen ein gemeinsames Interesse daran, die Bürger zu ermutigen, sich aktiv am demokratischen Leben in den Mitgliedstaaten und der EU zu beteiligen. Wir sollten zusammen daran arbeiten, die Bürger zu ermuntern, ihre Rechte auszuüben, insbesondere ihr Recht, in Wahlen auf kommunaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene Vertreter zu wählen.

Im Namen aller Mitglieder und der Verwaltung danken wir Ihnen für Ihr Interesse am Europäischen Parlament. Wir laden Sie ein, sich Zeit für die Lektüre dieses Berichts zu nehmen und etwas über die wichtige Arbeit engagierter Mitglieder und Beamter des Europäischen Parlaments und der 41 nationalen Parlamente und Kammern in 28 Mitgliedstaaten und über die Fortschritte bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit zu erfahren.

Wir freuen uns auf ein weiteres Jahr der ausgezeichneten Zusammenarbeit und fruchtbarer Gespräche, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.



Mairead McGuinness
Vizepräsidentin



Bogusław Liberadzki
Vizepräsident

1. Kontext des Berichts

2017 war für die Direktion erneut ein Jahr des Wachstums und der Zusammenarbeit. Das Jahr war geprägt von zahlreichen Tätigkeiten, neuen Kollegen und Partnern, der Teilnahme an interparlamentarischen Veranstaltungen auf hoher Ebene, engeren Verbindungen zu den anderen Dienststellen des Europäischen Parlaments und wichtigen Meilensteinen.

Getreu dem Motto der Generaldirektion Präsidentschaft „Impact through cooperation“ („Wirkung durch Zusammenarbeit“) hat die Direktion den Mitgliedern und dem Generalsekretariat des Europäischen Parlaments weiterhin die Dienste und Beratung angeboten, die sie benötigt haben, um die institutionelle Zusammenarbeit und den legislativen Dialog mit den nationalen Parlamenten weiterzuentwickeln.

Da sich dieser Aktionsbereich ständig erweitert, wurden die Ressourcen kosteneffizient eingesetzt, um erfolgreich auf die intensiver werdenden interparlamentarischen Tätigkeiten reagieren zu können. Interparlamentarische Konferenzen, Treffen und Debatten wurden veranstaltet und es fand eine Rekordzahl bilateraler Besuche statt. Verstärkte Tätigkeiten in den administrativen Netzwerken der interparlamentarischen Zusammenarbeit zeigen, dass der Austausch noch ausgebaut werden kann. Die Unterstützung der parlamentarischen Dimensionen des maltesischen und des estnischen Vorsitzes stand 2017 ebenfalls im Mittelpunkt.

Diese Arbeit fand unter der politischen Führung und unter Anleitung des Präsidenten des Europäischen Parlaments, der beiden für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten zuständigen Vizepräsidenten und der Vorsitzenden des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) statt, die eine der beiden Ko-Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments in der COSAC ist. Unsere Tätigkeit wurde auch durch die ausgezeichneten Beziehungen zu den politischen Gremien des Europäischen Parlaments (Konferenz der Präsidenten und Konferenz der Ausschussvorsitze) sowie den Ausschüssen und Fraktionen des Europäischen Parlaments unterstützt. Auf Verwaltungsebene kamen den Tätigkeiten der Direktion, die Steuerung durch den Generalsekretär und den stellvertretenden Generalsekretär des Europäischen Parlaments und die umfassende und bereitwillige Unterstützung ihrer Kabinette zugute. Die Zusammenarbeit mit den Generaldirektionen (insbesondere GD IPOL, GD EXPO, GD EPRS, GD ITEC)¹ und Dienststellen des Europäischen Parlaments wurde ausgebaut und ist nun fester Bestandteil unserer Arbeit. Wie üblich konnten wir auf das große Engagement unserer Partner in den nationalen Parlamenten und Gemeinschaftsorganen, auf das Netz der Vertreter nationaler Parlamente, das Sekretariat der COSAC, den Exekutivausschuss des Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) und den Vorstand des Interparlamentarischen EU-Informationsaustausches (IPEX) zählen.

Kennzeichnend für das Jahr 2017 war eine verstärkte Konsistenz bei der Auswahl der Themen für die interparlamentarischen Debatten. Einige Bereiche von gemeinsamem Interesse standen in allen interparlamentarischen Gremien auf der Tagesordnung. Im Bewusstsein, dass ein uneinheitliches Vorgehen vermieden werden sollte, wurde ein breiterer, stärker strukturierter Austausch durchgeführt und Doppelarbeit reduziert.

Die ersten Kapitel dieses Berichts geben einen Überblick über die großen Themen auf der europäischen Agenda, die 2017 in verschiedenen interparlamentarischen Debatten und im Rahmen eines intensiven Austauschs zeitnah erörtert wurden. Diese Debatten wurden in einem

¹ Generaldirektion interne Politikbereiche, Generaldirektion externe Politikbereiche, Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst, Generaldirektion Innovation und technologische Unterstützung.

politischen Kontext geführt, der durch eine günstigere öffentliche Meinung von der EU geprägt war. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen insbesondere:

- die Rolle der nationalen Parlamente bei den laufenden Überlegungen zur Zukunft der EU und ihrer Politik sowie zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU;
- die Rolle der nationalen Parlamente bei den Überlegungen zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgern über EU-Fragen;
- die Zukunft der EU als globaler Akteur im Kontext der derzeitigen globalen Veränderungen;
- die gemeinsame parlamentarische Kontrolle von Europol: Fortschritte bei den praktischen Regelungen;
- die externe Dimension der Migration;
- interparlamentarische Zusammenarbeit bei institutionellen Angelegenheiten wie der Kontrolle des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission, der Transparenz der Ratsdokumente und der Verbesserung des Frühwarnsystems zur Überwachung von Subsidiarität.

In den folgenden Kapiteln werden aus Sicht der Direktion die Tätigkeiten der interparlamentarischen Gremien (Kapitel 3), die Formen des interparlamentarischen Dialogs (Kapitel 4), der legislative Dialog (Kapitel 5) und abschließend die Verwaltungsnetze und -instrumente für die interparlamentarische Zusammenarbeit (Kapitel 6) untersucht.

2017 wurde ein guter Nährboden für die neuen interparlamentarischen Debatten über strategische Fragen der kommenden Jahre geschaffen: die Zukunft der Union und ihrer Politik, die Erweiterungspolitik, der künftige mehrjährige Finanzrahmen, die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, sonstige Aspekte der EU-Handelspolitik, notwendige Lösungen in den Bereichen Migration und Sicherheitsagenda sowie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung.

Dieser Bericht und weitere Informationen zu den Beziehungen des Europäischen Parlaments zu den nationalen Parlamenten der EU sind abrufbar auf der Website des Europäischen Parlaments: www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/news.

2. Grundlegende Entwicklungen und Tendenzen bei der interparlamentarischen Zusammenarbeit

Die nationalen Parlamente haben einen wesentlichen Beitrag zu den Debatten über die dringlichsten politischen, legislativen und institutionellen Fragen geleistet. Das Jahr 2017 zeigte, dass die nationalen Parlamente die Gestaltung der Agenda der interparlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb der bestehenden interparlamentarischen Foren nun aus strategischer Sicht planen. Das breite Spektrum an Themen von gemeinsamem Interesse und das kontinuierliche Engagement der Parlamente der EU sind ein deutliches Anzeichen für die Vielzahl und die Qualität der Debatten in den kommenden Jahren.

2.1 Die Rolle der nationalen Parlamente in der Debatte über die Zukunft der Europäischen Union und den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU

In der Debatte über die Zukunft der EU kommt die politische Verpflichtung zum Ausdruck, sicherzustellen, dass das europäische Projekt den sich verändernden geopolitischen Realitäten und den Erwartungen der Bürger entspricht. Zur Neugewichtung der Prioritäten gehört auch ein stärkeres Solidaritätsgefühl. Solidarität sollte nicht nur bei der Festlegung der Prioritäten und der Mittel für die Finanzierung neuer Projekte, sondern auch bei der Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen auf nationaler Ebene bestehen. Das Ergebnis der Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland ist als positive Entwicklung für die Einheit Europas wahrgenommen worden.

Mit der Erklärung und dem Fahrplan von Bratislava, der Erklärung von Rom zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge und der Agenda der EU-Führungsspitzen hat die demokratische Debatte über die Zukunft der EU weiter an Schwung gewonnen. Die Kommission hat zu dieser offenen Diskussion durch das Weißbuch zur Zukunft Europas und die Reflexionspapiere zu wichtigen Politikbereichen der EU sowie durch die Vorschläge beigetragen, die in der Rede zur Lage der Union 2017 vorgelegt wurden.

Das Europäische Parlament hat der Zukunft Europas mehrere Entschlüsse gewidmet. Es hat beschlossen, die Staats- und Regierungschefs der EU in das Europäische Parlament einzuladen, um in offenen Debatten über die Zukunft Europas zu diskutieren. Das Europäische Parlament steht diesen Debatten aufgeschlossen und konstruktiv gegenüber; die Diskussionen über die Zukunft Europas werden am 9. Mai 2019 mit einem informellen Treffen der EU-Führungsspitzen in Sibiu, Rumänien, abgeschlossen.

In seiner Rede auf der außerordentlichen Konferenz der Präsidenten der nationalen Parlamente der EU, die anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge stattfand, sprach sich Antonio Tajani, Präsident des Europäischen Parlaments, für die Notwendigkeit einer Einheit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten aus. Der Präsident betonte die große Verantwortung, einen starken politischen Willen und Führungsstärke zu zeigen, um die gemeinsamen Werte umzusetzen: „Europa ist eine Erfolgsgeschichte: Es ist ein Traum von Fortschritt, Wohlstand, Freiheit und Frieden, der Wirklichkeit geworden ist. Es liegt jetzt an uns, das Bild eines abstrakten, ineffizienten, bürokratischen Europas zu verändern.“ In den Menschen müsse wieder die Begeisterung für dieses großartige Projekt entfacht werden.

Im Rahmen der Plenarsitzung der LVII. COSAC, die 2017 in Malta stattfand, war der Rolle der nationalen Parlamente in der Zukunft der EU eine ganze Sitzung gewidmet. In dieser Sitzung erklärte Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, dass die nationalen Parlamente im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung der Europäischen Union stehen sollten. Sie rief die nationalen Parlamente zu mehr Stärke sowohl innerhalb der EU als auch in

ihrer Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament auf, das bereit sei, mit ihnen zusammenzuarbeiten, auch auf Ebene der politischen Familien. In der anschließenden Debatte wie auch im 27. Halbjahresbericht der COSAC vertrat die Mehrzahl der Delegierten die Ansicht, dass eine bessere interparlamentarische Zusammenarbeit und eine wirksamere Kontrolle während des Gesetzgebungsprozesses das europäische Projekt weiter fördern könnten.

Im Beitrag der LVIII. COSAC, der unter estnischem Vorsitz auf der Grundlage der Debatten des COSAC-Plenums und der Ergebnisse des 28. Halbjahresberichts der COSAC angenommen wurde, wird anerkannt, dass die EU Entschlossenheit braucht, um die Einheit zu bewahren. Die COSAC forderte, Entscheidungen zur Zukunft der EU mit dem größtmöglichen Engagement aller Mitgliedstaaten und Bürger zu treffen.

In der Sitzung zur Zukunft der Europäischen Union sprachen sich Kersti Kaljulaid, Präsidentin der Republik Estland, Michel Barnier, EU-Chefunterhändler für den Brexit, und Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) des Europäischen Parlaments, für eine politische Vision und eine positive und vorausschauende Agenda zu folgenden Punkten aus: Stärkung des Euro-Raums, Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, eine echte gemeinsame Verteidigungspolitik, eine Haushaltskapazität zur Reaktion auf innere und äußere Bedrohungen, eine tragfähige soziale Dimension des Binnenmarktes, eine effiziente Migrationspolitik und eine solide Säule der sozialen Rechte. Die Vorsitzende des AFCO-Ausschusses stellte fest, dass während der gesamten Entwicklung der EU Krisen zu einem entschlossenen politischen Handeln bei gemeinsamen Vorhaben geführt hätten. Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung (SSZ) habe gezeigt, dass sich die Mitgliedstaaten trotz ihrer unterschiedlichen Sichtweisen einig waren, dass es eines gemeinsamen Handelns bedurfte, um einer gemeinsamen existenziellen Bedrohung die Stirn zu bieten. In den meisten Redebeiträgen in den nachfolgenden Debatten wurde darauf hingewiesen, dass die Union gebührend anerkannt werden muss und ihr nicht die Schuld für die Schwächen der nationalen Regierungen gegeben werden darf.

Im Oktober 2017 veranstaltete der Ausschuss für konstitutionelle Fragen eine interparlamentarische Ausschusssitzung zur Zukunft Europas, insbesondere zu den Vorschlägen des Europäischen Parlaments und dem Weißbuch der Kommission, in dem fünf Szenarien für die Zukunft Europas dargestellt sind. Im Zentrum der Sitzung standen zwei themenbezogene Diskussionsrunden: die erste zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, der Zukunft der EU-Finzen und der sozialen Dimension, die zweite zur Zukunft der europäischen Verteidigung und der Nutzung der Globalisierung.

Der Austritt des Vereinigten Königreichs war Teil der allgemeineren Diskussionen über die Zukunft der EU. 2017 verabschiedete das Europäische Parlament drei Entschlüsse zum Stand der Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich: am 5. April 2017, am 3. Oktober 2017 und am 13. Dezember 2017. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments ist gemäß dem Vertrag sowohl in Bezug auf das Abkommen über den Austritt als auch in Bezug auf jede künftige Beziehung zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU erforderlich.

2017 überstieg die Zahl der offiziellen bilateralen Besuche nationaler Parlamente der EU in Brüssel zum Thema Brexit, auch im Europäischen Parlament, wiederholt die Zahl der Besuche zu anderen Themen. Folgende MdEP erhielten die meisten Besuche: Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Guy Verhofstadt, Vorsitzender der ALDE-Fraktion und Beauftragter des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über den Brexit, sowie Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments.

Über den Brexit wurde 2017 auch in den institutionellen interparlamentarischen Gremien bei verschiedenen Konferenzen, darunter der COSAC und der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, gesprochen. Dennoch waren die Überlegungen zur Zukunft der EU und nicht der Brexit als solches ein vorherrschendes Thema.

2.2 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu EU-Themen

Die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten können ihren reichen Erfahrungsschatz und ihre Kenntnisse in die laufende Debatte über die Verbesserung der Leistung, Transparenz und Kommunikation der Europäischen Union einbringen.

Die Diskussion über die Zukunft der EU auf der Plenarsitzung der LVII. COSAC in Malta zeigte, dass die demokratische Komponente der EU erneut bekräftigt und sichergestellt werden muss und dass die europäischen Bürger an der Diskussion über die Zukunft des gemeinsamen Projekts umfassend beteiligt sind.

Im Kapitel „Die Europäische Union den Bürgern näherbringen“ des Beitrags der LVIII. COSAC, der unter estnischem Vorsitz angenommen wurde, wurde betont, dass die nationalen Parlamente in die Debatten und den politischen Entscheidungsprozess im Zusammenhang mit der Zukunft der EU einbezogen und integriert werden müssen, da dies zur erforderlichen demokratischen Legitimität des Prozesses beiträgt. Die nationalen Parlamente wurden aufgefordert, die erforderlichen Instrumente für eine frühzeitige Konsultation und direkte Beteiligung der Bürger bereitzustellen, und nachdrücklich aufgefordert, die Kommunikation über die EU zu verbessern. Die COSAC stellte fest, dass durch eine größere Anzahl an Debatten über EU-Fragen die Sichtbarkeit der EU erhöht wird und die Bürger die Möglichkeit erhalten, mehr über die Agenda der EU sowie die Haltung der Parteien zu diesen Fragen zu erfahren. Sie forderte die nationalen Behörden zudem auf, für die Wahl zum Europäischen Parlament zu werben, und die politischen Parteien, vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 politische Debatten über die zentralen Fragen zu führen.

In der jüngsten Zeit wurden neue Initiativen konzipiert, mit denen die Botschaft der EU den Bürgerinnen und Bürgern nähergebracht wird. Bürgeranhörungen, politische Debatten mit Berichterstattung in den nationalen Medien und besondere parlamentarische Ausschüsse, die sich mit der Frage der Zukunft der EU beschäftigen, wurden bereits in verschiedenen Parlamenten durchgeführt bzw. eingesetzt. Mehrere bilaterale Besuche zu diesen Themen wurden 2017 vom Europäischen Parlament veranstaltet, insbesondere auf Initiative der französischen Nationalversammlung.

Die parlamentarische Agenda den Bürgern im modernen Zeitalter näherzubringen war auch ein Thema der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die 2017 in der Slowakei stattfand (siehe Kapitel 3.2).

In den von der Konferenz angenommenen Schlussfolgerungen bekräftigten die Präsidenten ihre Verpflichtung zur parlamentarischen Offenheit, welche die Transparenz des Gesetzgebungsprozesses gewährleistet und das öffentliche Eigentum an parlamentarischen Informationen anerkennt.

Ferner erkannten die Präsidenten an, dass den nationalen Parlamenten sowie dem Europäischen Parlament eine wesentliche Bedeutung zur Überwindung der Kluft zwischen Bürgern und Politik sowie dabei zukommt, der Öffentlichkeit die europäische und die nationale Politik zu vermitteln. Eine bessere Vermittlung der zahlreichen positiven Ergebnisse der europäischen

Politikgestaltung und der effizienten Arbeitsweise der europäischen Institutionen gemäß den Verträgen könnte auch dazu beitragen, einer europafeindlichen Haltung, Hassreden, Fake News und Desinformation entgegenzuwirken.

In den Diskussionen verwies das Europäische Parlament auf die Wichtigkeit einer aktiven Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen zum Europäischen Parlament, die eine Plattform für eine konstruktive, informative und integrative Debatte über die Zukunft der Union bietet.

2.3 Die Zukunft der EU als globaler Akteur im Kontext der derzeitigen globalen Veränderungen

Damit die Europäische Union die derzeitigen Herausforderungen, insbesondere Bedrohungen der Sicherheit, angehen und bewältigen kann, muss sie ihre Verantwortung auf der internationalen Bühne wahrnehmen, ein globaler und wertebasierter globaler Akteur sein und Handlungsfähigkeit besitzen.

Das Europäische Parlament forderte in seinen Entschlüssen die Union auf, ihre Bemühungen um die Begründung einer konkreten Zusammenarbeit innerhalb des Rahmens der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu verstärken. Um die zunehmenden Herausforderungen zu meistern, muss die EU das gesamte Spektrum der verfügbaren politischen Instrumente - Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, zivile und wirtschaftliche Instrumente, Krisenprävention und Post-Konflikt-Strategien sowie friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen - nutzen.

2017 setzte sich das Europäische Parlament wiederholt für die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds und die Entwicklung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) innerhalb des Rahmens der EU ein. Es stellte fest, dass die Wirksamkeit der GSVP-Missionen und Operationen, des Krisenmanagements und der Präventionsmissionen sowie der Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus erhöht werden muss. Ferner forderte es die Verbesserung der Cybersicherheit und die Intensivierung der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und der NATO.

Diese Themen standen größtenteils auf der Agenda der interparlamentarischen Treffen, die das Europäische Parlament und die Vorsitz-Parlamente veranstalteten. Unter den Teilnehmern bestand Einigkeit darüber, dass eine ehrgeizige außenpolitische Agenda umgesetzt werden muss.

Gespräche fanden in der spezialisierten Interparlamentarischen Konferenz über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (siehe Kapitel 4.2) und in den üblichen Sitzungen der zuständigen Ausschüsse des Europäischen Parlaments statt. Die Verbindung zwischen äußerer und innerer Sicherheit und die externe Dimension der Migration wurden auch in den Debatten der interparlamentarischen Ausschusssitzungen, veranstaltet vom Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des Europäischen Parlaments, untersucht, wohingegen die Konferenz der Präsidenten der EU-Parlamente der Frage der EU auf der internationalen Bühne nachging. Die Erkenntnisse der hochrangigen Redner von EU und internationalen Institutionen, Ministerien, nationalen Parlamenten sowie internationalen Stiftungen und Forschungszentren waren äußerst wertvoll.

2017 führte die Europäische Kommission eine umfangreiche Bewertung der EU-Sicherheitspolitik durch, die drei thematische Prioritäten der Europäischen Sicherheitsagenda,

Terrorismus bekämpfen und Radikalisierung vorbeugen, Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Bekämpfung der Cyberkriminalität, umfasste. Auf Ersuchen des für die Sicherheitsunion zuständigen Kommissionsmitglieds Julian King veranstaltete der LIBE-Ausschuss einen Meinungsaustausch mit Vertretern der nationalen Parlamente und der Zivilgesellschaft, da deren Beitrag als wertvolle Ergänzung der Bewertung betrachtet wurde. Die Diskussion drehte sich um die Effizienz/Ineffizienz der bestehenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und des organisierten Verbrechens, ihre Auswirkungen auf die Grundrechte und die notwendige Anpassung der Sicherheitsagenda an die sich entwickelnden Tendenzen. Im Rahmen der LVIII. COSAC gab Kommissionsmitglied Julian King einen umfassenden Überblick über den Stand der Sicherheitsunion und forderte die nationalen Parlamente auf, Rechtsvorschriften fristgemäß umzusetzen; dabei betonte er, dass politischer Wille und echtes Engagement bei der Realisierung der vereinbarten Lösungen notwendig seien. Julian King sagte außerdem zu, die Besuche bei nationalen Parlamenten fortzusetzen, forderte jedoch einen strategischen Dialog mit ihnen im Hinblick auf eine breitere Sicherheitslandschaft.

Im Kapitel „Aufbau einer wirksamen und zukunftsfähigen Sicherheitsunion“ des Beitrags der LVII. COSAC sprach sich die COSAC deutlich für den Austausch von Informationen und nachrichtendienstlichen Erkenntnissen, die Interoperabilität der Informationssysteme, die rasche Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus, die Behandlung der Ursachen für Extremismus und die Verbesserung der Sicherheit an den Außengrenzen aus.

In den Schlussfolgerungen der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU, die im April 2017 in Bratislava stattfand, kommt das Ergebnis der auf der Konferenz geführten Debatte auf hochrangiger Ebene über die Zukunft der EU als globaler Akteur zum Ausdruck (siehe Kapitel 3.2). Die Präsidenten riefen zu einer engeren Zusammenarbeit mit globalen Partnern und der Europäischen Nachbarschaft auf, um globale Bedrohungen und Herausforderungen zu bekämpfen. Sie unterstrichen die Wichtigkeit der transatlantischen Bande und einer engeren Verteidigungszusammenarbeit. Die Präsidenten erkannten an, dass trotz der bestehenden internen Herausforderungen die Frage der Erweiterung und der Nachbarschaft der Europäischen Union, eine Voraussetzung für die Stabilisierung der Region und die Stärkung der demokratischen Institutionen dieser Länder, auf der Tagesordnung bleiben müsse.

Das Europäische Parlament forderte in seinen Entschliefungen ferner, die Stabilität und den Wohlstand in der Nachbarschaft der EU durch Initiativen zu fördern, mit denen Entwicklung, Demokratie, verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit begünstigt werden. Aus diesen Gründen hat das Europäische Parlament den Gedanken unterstützt, die Verhandlungen über die Erweiterung durch die Stärkung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Stabilität und die Demokratie in den Kandidatenländern ohne Zugeständnisse bei den Kopenhagener Beitrittskriterien voranzutreiben. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments (AFET) diskutierte in der Interparlamentarischen Ausschusssitzung im November 2017 über die Perspektiven der EU-Integration und den Beitrittsprozess der westlichen Balkanstaaten - ein frühzeitiger Austausch zu einem Thema, das als eine der Hauptprioritäten des bulgarischen Vorsitzes angekündigt war.

Um die Politik der Entwicklungszusammenarbeit effizienter zu gestalten und Kohärenz und Konsistenz zwischen der Entwicklungs- und der Sicherheitspolitik zu gewährleisten, forderte das Europäische Parlament, die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung in die externen und internen Politikbereiche der EU einzubauen. Der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments (DEVE) veranstaltete eine Interparlamentarische Ausschusssitzung zum Europäischen Konsens für Entwicklung und zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung.

Das derzeitige Sicherheitsumfeld erfordert eine kohärente Mobilisierung aller außenpolitischen Instrumente der EU. Die EU sollte mit einer Stimme sprechen, gemeinsam handeln und ihre Ressourcen auf strategische Prioritäten ausrichten. Die nationalen Parlamente werden sich zu diesen Themen in den nächsten Jahren zweifellos Gehör verschaffen.

2.4 Gemeinsame parlamentarische Kontrolle über Europol: Fortschritte bei den praktischen Modalitäten

In den Debatten über eine wirksame polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit, einschließlich des rechtzeitigen Informationsaustauschs zwischen einzelstaatlichen Behörden durch Europol und Eurojust, wurde bestätigt, dass die Gespräche über die praktischen Modalitäten für die parlamentarische Kontrolle über Europol dringend abgeschlossen werden müssen. Im Jahr 2017 wurden einige wichtige Schritte zur Einrichtung des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU eingeleitet; am 9.-10. Oktober 2017 fand die konstituierende Sitzung dieses neuen gemeinsamen Gremiums statt, in dem das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente vertreten sind.

Nach einem ausgedehnten Konsultationsprozess der nationalen Parlamente durch die Vorsitz-Troika, die Präsidenten der Parlamente der EU und das Europäische Parlament wurde der Kontrollausschuss in der Sitzung vom 24. April 2017 eingerichtet und mit der Festlegung seiner genauen Organisation und seiner Geschäftsordnung beauftragt.

Nach der konstituierenden Sitzung im Oktober 2017 im Europäischen Parlament in Brüssel bereitete der Ko-Vorsitz des Kontrollausschusses (Europäisches Parlament und estnisches Parlament) den Entwurf einer Geschäftsordnung vor, zu dem schriftliche Änderungsanträge eingereicht werden konnten. Mehrere nationale Parlamente legten Änderungsanträge zu dem Entwurf vor, darunter zu Fragen wie dem Beschlussfassungsprozess des Kontrollausschusses und den Rollen der Vorsitz-Troika und des Sekretariats.

Da Dänemark aufgrund des Ergebnisses seines Referendums nicht an der Annahme der Europol-Verordnung beteiligt war, wurde der dänische Vorsitz eingeladen, an der konstituierenden Sitzung des Kontrollausschusses als Beobachter teilzunehmen. Der Ausschuss für europäische Angelegenheiten des dänischen Parlaments wandte sich jedoch vor der konstituierenden Sitzung an die Ko-Vorsitzenden und wiederholte seinen Wunsch, dem Kontrollausschuss als vollwertiges Mitglied anzugehören.

In dem Versuch, ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Positionen zu finden und die mögliche Annahme der Geschäftsordnung zu erleichtern, überarbeiteten die Ko-Vorsitzenden den Entwurf der Geschäftsordnung entsprechend der Mehrzahl der in der Sitzung zum Ausdruck gebrachten Standpunkte.

Obwohl die Mehrheit der Parlamente dem vorgeschlagenen Kompromiss offen gegenüber stand, wurde zu der überarbeiteten Fassung des Wortlauts kein Konsens gefunden.

Die Annahme der Geschäftsordnung wurde auf die darauffolgende Sitzung vertagt.²

² Die Sitzung fand am 18. und 19. März 2018 in Sofia, Bulgarien, statt und wurde mit der erfolgreichen Annahme der Geschäftsordnung abgeschlossen.

2.5 Die externe Dimension der Migration

Die Migration war im Jahr 2017 weiterhin beherrschendes Thema der EU-Politik. Die EU hat schrittweise ein umfassendes und wirksames Konzept entwickelt, das interne und externe Maßnahmen umfasst. Das Europäische Parlament wies wiederholt auf den Grundsatz der Solidarität und der gerechten Teilung der Verantwortung im Zusammenhang mit der Migration hin und erklärte, dass die Rettung von Leben oberste Priorität haben muss. Gespräche auf globaler Ebene zu den neuen Globalen Pakten für Migration und Flüchtlinge gaben der EU die Möglichkeit, über eine strategische längerfristige Perspektive für die Migration nachzudenken.

2017 stand die externe Dimension der Migration im Mittelpunkt der interparlamentarischen Diskussionen. In mehreren Foren fand ein lebhafter Austausch mit Parlamentariern, Fachleuten und Mitgliedern der Exekutive der EU und der nationalen Ebene statt.

Der maltesische Ratsvorsitz der EU erhob die Migration, auch im Rahmen seiner parlamentarischen Dimension, zu einer seiner Prioritäten. Im Rahmen der Plenarsitzung der LVII. COSAC fand eine Sitzung zum Thema Migration statt, der Schwerpunkt lag dabei auf der Bekämpfung von Menschenmuggel und Menschenhandel sowie der Festlegung einer humanen und wirksamen Rückkehr- und Rückübernahmepolitik. Die Diskussion fand zum richtigen Zeitpunkt statt, da in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs von Malta vom 3. Februar 2017 auf die Bemühungen um die Stabilisierung Libyens und den Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung von Schleusung und Menschenhandel hingewiesen wurde.

Im 27. Halbjahresbericht der COSAC wurde hervorgehoben, dass eine Mehrheit der nationalen Parlamente den EU-Aktionsplan gegen die Schleusung von Migranten (2015-2020) und die Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels (2012-2016) erörtert hatte.

In seinem Einführungsvortrag erklärte George Vella, der maltesische Außenminister, die wichtigsten Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Phänomen Migration bestünden in der Entstehung neuer Routen, der Zunahme junger unbegleiteter Migranten und des sich ändernden Geschäftsmodells von Menschenhändlern. Er beschrieb die Zusammenarbeit mit Drittstaaten, insbesondere bei Rückkehr und Rückübernahme, als strategisches Vorgehen, um eine wirksamere und humanere Steuerung der Migration sicherzustellen. Ferner betonte er, dass die legale Migration gefördert werden müsse.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, Mitglied des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments, verteidigte die Position des Europäischen Parlaments im Hinblick auf Solidarität und Wahrung der Grundrechte und erklärte, dass Europa eine harmonisierte Migrationspolitik entwickeln müsse, die von ethischen Grundsätzen, Menschenrechten und der Würde des Menschen geleitet ist. Sie betonte ferner, dass legale Migrationskanäle gefördert werden müssten, um so als Abschreckung für die Schleusung zu wirken.

Lucio Romano, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für europapolitische Angelegenheiten des italienischen Senats, erläuterte das Ergebnis des Besuchs einer Delegation der COSAC im Hotspot in Pozzallo, Sizilien, der am 5. und 6. Mai 2017 auf Initiative des italienischen Parlaments stattfand. Mit dem Besuch, der eine völlig neue Art der Tätigkeit der COSAC darstellte, sollte das Bewusstsein der nationalen Parlamentarier für die Herausforderung der Migration und die Notwendigkeit eines gesamteuropäischen Ansatzes geschärft werden, der die Werte der Solidarität und der Menschenrechte berücksichtigt. 28 Abgeordnete aus 18 Mitgliedstaaten nahmen an dem Besuch teil. Anwesend waren ferner mehrere MdEP, die Präsidenten von vier Regionalräten im Namen der italienischen Regionen und 11 italienische Abgeordnete.

Aufbauend auf dem Austausch in Malta nahm der estnische COSAC-Vorsitz eine Sitzung mit dem Titel „The external dimension of migration - preventing and combating irregular migration“ (Die externe Dimension der Migration: Prävention und Bekämpfung von illegaler Einwanderung) in die Tagesordnung der Plenarsitzung der LVIII. COSAC auf.

Das Ergebnis der Gespräche und die Erkenntnisse des 28. Halbjahresberichts der COSAC kamen im Beitrag der LVIII. COSAC zum Ausdruck. Im Kapitel zur Migration wurden im Beitrag der COSAC die Bedeutung von Entwicklungshilfe für die Transit- und Ursprungsländer, die notwendige Stärkung des EU-Treuhandfonds für Afrika und der neuen Investitionsoffensive für Drittländer sowie die Unterstützung der fortlaufenden Maßnahmen der EU zur Prävention und Bekämpfung der kriminellen Tätigkeit von Schmugglern und Menschenhändlern hervorgehoben. Ferner wurde betont, dass eine Einigung in Bezug auf den legislativen Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems erreicht, die Mechanismen der Rückführungspolitik der EU gestärkt und die Rückübernahmeabkommen der EU mit Drittstaaten gegenüber allen EU-Mitgliedstaaten uneingeschränkt und ohne Diskriminierung umgesetzt werden müssen. Überdies wurde auf die Wichtigkeit legaler Zugangswege als Alternative zu illegalen und gefährlichen Reisen verwiesen.

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik befasste sich ebenfalls mit der externen Dimension der Migration.

Auf der Konferenz, die im ersten Halbjahr 2017 in Malta stattfand, wurde über die Antwort Europas auf die Instabilität und Bedrohungen im südlichen Mittelmeer und im Nahen Osten diskutiert. Bei der Sitzung waren der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen und der Geschäftsführer des International Institute for Justice and the Rule of Law Foundation vertreten. Einer der Workshops der Konferenz hatte den Titel „EU's Migration Policy in 2017 and beyond“ (EU-Migrationspolitik im Jahr 2017 und darüber hinaus).

In ähnlicher Weise wurden bei der Interparlamentarischen Konferenz für die GASP und die GSVP in Estland migrationsbezogene Fragen in der Sitzung mit dem Titel „Situation entlang der EU-Grenzen“ erörtert, in der Sven Mikser, Außenminister der Republik Estland, die Hauptrede hielt. Die Ergebnisse der Gespräche wurden in die jeweiligen Kapitel der Schlussfolgerungen des maltesischen Vorsitzes und die Zusammenfassung des estnischen Vorsitzes aufgenommen, die am Ende der Konferenzen angenommen wurden.

Im Februar 2017 veranstaltete der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres im Rahmen seiner Arbeit an der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems die Interparlamentarische Ausschusssitzung „Die dritte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems - Stellen wir uns der Herausforderung!“. Die Sitzung bot ein Forum für einen fruchtbaren Austausch zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und nationaler Parlamente sowie Fachleuten. Im Zentrum mehrerer Sitzungen und parallel stattfindender Workshops standen die gerechte Verteilung von Asylbewerbern, die Konzepte des sicheren Herkunftsstaats und des sicheren Drittstaats, die Verwaltungszusammenarbeit im Rahmen von Dublin und der Schutz minderjähriger Migranten.

2.6 Interparlamentarische Zusammenarbeit bei institutionellen Fragen

2017 unternahmen die Parlamente der EU anhaltende Anstrengungen, um neben der Zusammenarbeit bei politischen und legislativen Angelegenheiten die Zusammenarbeit bei institutionellen Fragen zu verbessern. Die interparlamentarische Zusammenarbeit beim jährlichen Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission und bei der Transparenz des Entscheidungsfindungsprozesses stand zuoberst auf der Tagesordnung.

Die Gespräche, die auf den Ergebnissen des Austauschs früherer Jahre aufbauten, führten zu konkreten Initiativen der Zusammenarbeit.

2.6.1 Interparlamentarische Zusammenarbeit beim jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission

Entsprechend dem im Beitrag der LV. COSAC im April 2017 unterbreiteten Vorschlag legte der maltesische COSAC-Vorsitz der Kommission eine kombinierte Liste von Prioritäten vor, die anhand der Beiträge der Parlamente erstellt worden war.

Eines der Treffen der COSAC-Vorsitzenden unter maltesischem Ratsvorsitz war der interparlamentarischen Zusammenarbeit beim jährlichen Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission 2017 gewidmet, das Gespräch bot einen Einblick in die Sichtweisen des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente.

Bastiaan van Apeldoorn, Vorsitzender des Ausschusses für europäische Angelegenheiten des niederländischen Senats, erläuterte in seiner Rede das Verfahren der Auswahl von Prioritäten im niederländischen Senat und das Potenzial für interparlamentarische Zusammenarbeit beim jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission. Seines Erachtens führte die Auswahl vorrangiger Vorschläge zur Prüfung unter anderem zu einer stärkeren Ausrichtung auf die Arbeit von Ausschüssen, einem Schwerpunkt auf Vorschlägen in einem frühen Stadium des Gesetzgebungsprozesses, der automatischen Aufnahme in die Tagesordnung der Ausschüsse und einem daraus folgenden Zeitgewinn und der Möglichkeit für Interessenträger, in einer frühen Phase Beiträge zu leisten. Die nationalen Parlamente wurden aufgefordert, sich über das jährliche Arbeitsprogramm abzustimmen und gemeinsam tätig zu werden und damit dazu beizutragen, die demokratische Legitimität der EU zu stärken.

Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments und Ko-Vorsitzende der Delegation des Europäischen Parlaments bei der COSAC, erläuterte den Standpunkt des Europäischen Parlaments und bestätigte die Wichtigkeit des interinstitutionellen Rahmens für die gemeinsame Arbeit an den Prioritäten der EU und die dringend erforderliche Beteiligung nationaler Parlamente. Sie vertrat die Ansicht, dass das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission im Rahmen des mehrjährigen Programms betrachtet und als ein Kreislauf von der Vorbereitung bis zur Umsetzung überwacht werden muss. Eine solide interinstitutionelle Zusammenarbeit, die mit der Einführung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung von 2016 begonnen habe, und die gemeinsame Erklärung zu den legislativen Prioritäten der EU könnten die Grundlage für künftige Gespräche über die Prioritäten der EU bilden. Danuta Hübner rief die nationalen Parlamente auf, zu entscheiden, wie sie ausgehend von ihrer Erfahrung Einfluss auf das Arbeitsprogramm nehmen wollen, und wies auf die einmalige Möglichkeit hin, Einfluss sowohl auf ihre jeweiligen Regierungen als auch auf die Kommission zu nehmen. Durch ihre Grundsatzrede konnte bekräftigt werden, dass das Europäische Parlament bereit ist, die politischen Botschaften der nationalen Parlamente an die europäische Ebene zu übermitteln.

2.6.2 Interparlamentarische Zusammenarbeit bei der Transparenz des Entscheidungsfindungsprozesses der EU

Die praktische Zusammenarbeit der nationalen Parlamente mit dem Europäischen Parlament und untereinander stand auf der Tagesordnung der Plenarsitzung der LVIII. COSAC. In der Sitzung zum Thema „Die Europäische Union den Bürgern näherbringen“ wurde die Frage des Zugangs zu Informationen als Voraussetzung für die Befähigung der Bürger, ihr Recht auf Teilhabe am demokratischen Prozess auszuüben, ausführlich erörtert. Sehr gut aufgenommen wurde die Rede von Pieter Omtzigt, Mitglied des niederländischen Parlaments, in der er darauf hinwies, dass die Transparenz des politischen Entscheidungsfindungsprozesses der EU verbessert werden muss. Dies würde nicht nur den Bürgern zugutekommen, sondern auch ihren Vertretern, die ihre Rolle der Kontrolle besser wahrnehmen könnten.

Omtzigt machte geltend, dass der Rat gegen die Transparenzbestimmungen der EU verstoße, wenn er den Mitgliedern nationaler Parlamente nicht ausreichend Zugang zu Dokumenten und Abstimmungsergebnissen gewähre. Die Verhandlungen über den Haushalt der EU, den Brexit oder die Beschlüsse der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität und des Europäischen Stabilitätsmechanismus zeigten, dass der Beschlussfassungsprozess der Mitgliedstaaten undurchsichtig sei, was eine Kontrolle behindere. Ein Positionspapier zur Transparenz der EU, in dem Maßnahmen dargestellt sind, die den Rechtsetzungsprozess der EU besser zugänglich machen können, wurde den Teilnehmern der COSAC von den Delegationen des niederländischen Parlaments unterbreitet. Auf Initiative der Niederlande unterzeichneten 26 Parlamente/Kammern ein gemeinsames Schreiben zur Transparenz der politischen Beschlussfassung der EU, in dem den EU-Institutionen Empfehlungen vorgelegt werden.

Mit dieser Initiative werden die Bedenken aufgenommen, die zu der im März 2017 eingeleiteten Untersuchung des Europäischen Bürgerbeauftragten führten, in der dem Rat konkrete Fragen vorgelegt, eine öffentliche Konsultation eingeleitet, Akten des Rates geprüft und schließlich Empfehlungen dazu abgegeben wurden, wie die Transparenz des Gesetzgebungsprozesses des Rates verbessert werden kann.

In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU 2017 in Bratislava bekräftigten die Präsidenten ihre Verpflichtung zur parlamentarischen Offenheit, welche die Transparenz des Gesetzgebungsprozesses gewährleistet und das öffentliche Eigentum an parlamentarischen Informationen anerkennt.

2.6.3 Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags

Die Fähigkeit der Parlamente der Mitgliedstaaten zur Überwachung der nationalen Regierungen wurde durch die interparlamentarische Zusammenarbeit verbessert, die sich darüber hinaus als wichtiges Instrument für die erfolgreiche und tiefgreifende Einbeziehung der nationalen Parlamente in den Beschlussfassungsprozess der EU erwiesen hat. Das konstruktive Engagement der nationalen Parlamente in EU-Fragen wird vom Europäischen Parlament sehr begrüßt. Die Hauptaufgabe der Parlamente besteht darin, die nationalen Regierungen zur Verantwortung zu ziehen und deren nationale Politik im Rat der EU zu kontrollieren. Sie können auch eine Plattform für eine echte - öffentliche und transparente - nationale Debatte über die EU-Politik ihrer Länder bieten und mit ihren Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren.

Knapp ein Jahrzehnt nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon hielt es der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments für an der Zeit, einen Initiativbericht mit dem Titel „Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags“ (Berichtersteller: Paulo Rangel) auszuarbeiten.

Der Bericht dient dazu, den Rückgriff auf die bestehenden Regelungen für die Beteiligung der nationalen Parlamente am politischen Prozess der EU zu bewerten. Im Bericht werden mögliche Verbesserungen dieser Mechanismen untersucht, um die nationalen Parlamente enger in das Projekt der EU einzubinden. In dem Bericht wird zudem die strukturierte politische Debatte zwischen der Kommission und den nationalen Parlamenten unter die Lupe genommen.

Nach einigen Workshops, Studien, Beiträgen der nationalen Parlamente, Arbeitsbesuchen und einer Interparlamentarischen Ausschusssitzung mit Teilnahme der nationalen Parlamente im April und einer Abstimmung im AFCO-Ausschuss wurde die EntschlieÙung auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments im April 2018 verabschiedet.

3. Institutionelle parlamentarische Gremien

3.1 Die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente (COSAC)

COSAC, die Konferenz der Ausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union, wurde im November 1989 in Paris gegründet. Sie ist dahingehend einzigartig, dass sie als einziges interparlamentarisches Forum in den Verträgen (Protokoll Nr. 1 über die Rolle der einzelstaatlichen Parlamente in der Europäischen Union) verankert ist. Das nationale Parlament des Mitgliedstaats, das den Ratsvorsitz innehat, spielt eine führende Rolle bei der Definition der Richtung und Arbeit der COSAC. Unterstützt wird sie von einer Vorsitz-Troika, deren ständiges Mitglied das Europäische Parlament ist. Der Vorsitz wird organisatorisch von einem kleinen Sekretariat unterstützt, das im Europäischen Parlament untergebracht ist, und von einem Amtsträger geleitet, der von einem nationalen Parlament sekundiert wird („Ständiges Mitglied“). Siehe www.cosac.eu

2017 war im Hinblick auf die Vorsitze der COSAC ein besonderes Jahr für die Konferenz. Im ersten Halbjahr hatte der Beschluss der maltesischen Regierung, vorgezogene Neuwahlen auszurufen und damit das Parlament aufzulösen, Auswirkungen auf den maltesischen COSAC-Vorsitz. Daneben hatte die Entscheidung der britischen Regierung, nach dem Ergebnis des Referendums von Juni 2016 Artikel 50 des EUV auszulösen, unmittelbare Folgen für die Arbeit der COSAC. Das Vereinigte Königreich beschloss, auf den Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr 2017 zu verzichten, Estland zog seinen eigenen Ratsvorsitz vor.

Trotz der praktischen Auswirkungen auf die Organisation der Arbeit des parlamentarischen Gremiums fanden alle Sitzungen der Konferenz wie geplant statt und die Debatten wurden weiterhin intensiv mit großem Einsatz geführt.

Die von den Vorsitzen ausgewählten Themen reichten von der blauen Wirtschaft über den digitalen Binnenmarkt bis zur Sicherheitsunion. Die Hauptthemen waren jedoch folgende: Brexit, Zukunft der EU und die vielschichtige Frage der Migration und der Asylpolitik.

Die nationalen Parlamente bekundeten deutlich ihren Wunsch, über den Stand der Verhandlungen über den Brexit angemessen informiert zu werden. In diesem Zusammenhang hat die Delegation des Europäischen Parlaments auch zu einem kontinuierlichen Informationsfluss beigetragen. Ihre Ko-Vorsitzenden, Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, und Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments, haben den Standpunkt des Europäischen Parlaments zum Beschluss des Vereinigten Königreichs, aus der EU auszutreten, und zu den grundlegenden Kriterien für die Durchführung der Verhandlungen

ausführlich dargelegt. Das bedauerliche Ergebnis des Referendums vom Juni 2016 und die daraus entstehenden Kosten für beide Seiten wurden zur Kenntnis genommen. Die Ko-Vorsitzenden hoben in ihren Beiträgen zu dieser Frage die wesentlichen Ziele und Benchmarks hervor: Schutz der grundlegenden Werte und Freiheiten der EU, Sicherstellung der Rechte der im Vereinigten Königreich lebenden EU-Bürger und der in der EU lebenden britischen Bürger sowie die Verpflichtung, eine Störung des Friedensprozesses in Nordirland zu vermeiden. Die nationalen Parlamente konnten sich auch mit dem Chefunterhändler der EU für den Brexit, Michel Barnier, austauschen, der seit dem britischen Referendum im Juni 2016 an allen Plenarsitzungen der COSAC teilgenommen hat.

Die Zukunft der EU nahm auch einen großen Teil der Zeit während der Debatten in Anspruch. Die Sensibilisierung für die Notwendigkeit, den EU-Bürgerinnen und Bürgern die Institutionen der Union und ihre Politik näherzubringen, wurde als gemeinsame Verantwortung in Angriff genommen. Dies ist zu einem großen Teil dem unermüdlichen Engagement von Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, gegenüber den nationalen Parlamenten zu verdanken. Durch das Klima eines erneuerten Vertrauens konnte der Austausch deutlich intensiviert werden. In diesem Zusammenhang fand die wichtigste Debatte in der LVIII. Plenarsitzung in Tallinn statt, bei der die Präsidentin von Estland, Kersti Kaljulaid, Michel Barnier und Danuta Hübner die bemerkenswerten Leistungen des europäischen Projekts und dessen Schwachstellen hervorhoben, auf die Gründe eingingen, warum bestimmte Themen nicht mit der entsprechenden Bereitschaft behandelt wurden, und betonten, welchen Mehrwert gemeinsames Handeln hat, wenn das Ziel die Lösung globaler Probleme ist.

Ein Thema, bei dem eine positivere Stimmung nicht automatisch zu wichtigen Entwicklungen im Hinblick auf mögliche Lösungen führte, ist wohl die Frage der Migration. Der Ton der Debatte hat zwar sicherlich die Schärfe der vergangenen beiden Jahre verloren, doch sind kaum Zeichen der Konvergenz auszumachen, was eine langfristige Lösung anbelangt. Der realistische Ansatz, der nach Ansicht des Europäischen Parlaments zuweilen minimalistisch ist, erklärt die Perspektiven, die von den Vorsitzen ausgewählt wurden: die externe Dimension der Migration und der Aspekt der Sicherheit.

Gleichwohl hat die bessere Atmosphäre eingehendere und konkretere Gespräche ermöglicht. Dadurch hat die COSAC als gemeinsames Forum aller Parlamente der EU gewonnen.

Bei der LVII. COSAC in Valletta wurde aufgrund des Fehlens einer Delegation des Vorsitzes mit einem politischen Mandat kein politischer Beitrag angenommen.

Einige der bei den Debatten der COSAC in Valletta erörterten Themen wurden vom estnischen Vorsitz in den Beitrag der LVIII. COSAC aufgenommen, die von den Delegationen einvernehmlich durch Akklamation angenommen wurde.

3.2 Die Jahreskonferenz und informelle Konferenzen der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK)

Die Jahreskonferenz der Präsidenten der Parlamente der EU (EU-PPK) ist auf die im Jahr 2010 angenommenen Leitlinien von Stockholm zurückzuführen. Darin ist ein jährliches Treffen vorgesehen, das von dem Mitgliedstaat auszurichten ist, das im jeweiligen Jahr den Ratsvorsitz im zweiten Halbjahr innehat, und das während des Frühjahrsratsvorsitzes des Folgejahrs stattfinden soll. Die Konferenz verabschiedet unverbindliche Ratsvorsitz-Schlussfolgerungen. Ihr obliegt außerdem die Beaufsichtigung der Koordinierung von interparlamentarischen EU-Aktivitäten. Es können zwar außerordentliche EU-PPK-Sitzungen

einberufen werden, aber im Jahr 2017 wurde dieses Format durch einen informellen Präsidenten-Gipfel ersetzt. Siehe www.ipex.eu

Die jährliche Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU fand am 23.-24. April 2017 in Bratislava statt. Den Vorsitz hatte Andrej Danko, Präsident des Nationalrats der Slowakischen Republik, inne.

Die Konferenz gliederte sich in zwei Sitzungen: eine erste zur Zukunft der EU als globaler Akteur und zur Rolle der nationalen Parlamente, eine zweite zum Austausch bewährter Verfahrensweisen zur Herstellung größerer Nähe parlamentarischer Arbeit zum Bürger. Ein ganz konkretes Thema dieser Konferenz war jedoch die Einigung über die Modalitäten für die Einrichtung des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses für Europol, für die kein eigener Tagesordnungspunkt auf der Konferenz vorgesehen war. Der Beschluss über die gemeinsame Kontrolle von Europol wurde den Schlussfolgerungen beigelegt, einvernehmlich angenommen und bedurfte keiner Aussprache im Plenum der Konferenz.

Zur Zukunft Europas im Kontext der derzeitigen internationalen geopolitischen Veränderungen betonten die Parlamentspräsidenten die Notwendigkeit einer auf globaler Ebene stärkeren Europäischen Union, was ausgewogene Beziehungen auf der Grundlage internationaler Regeln und Normen erfordere, sowie gemeinsame Anstrengungen und verbesserte Zusammenarbeit mit globalen Partnern und der Europäischen Nachbarschaft, um globale Bedrohungen und Herausforderungen zu bewältigen. Die Parlamentspräsidenten stellten fest, dass dies nur erreicht werden könne, wenn die EU gemeinsam handelt. In diesem Zusammenhang nahmen die Parlamentspräsidenten die Bemühungen einiger Mitgliedstaaten um eine engere Verteidigungszusammenarbeit zur Kenntnis, ein Thema, das auf der Tagesordnung der EU-PPK 2018 stehen werde.

Um den Bürgern die parlamentarische Arbeit näher zu bringen, erkannten die Parlamentspräsidenten an, dass bürgerschaftliches Engagement und Teilnahme am politischen Leben wichtige Eckpfeiler der Demokratie sind und dass den nationalen Parlamenten sowie dem Europäischen Parlament eine wesentliche Bedeutung zur Überwindung der Kluft zwischen Bürgern und Politik zukommt. Die Parlamentspräsidenten waren der Auffassung, dass auf allen institutionellen Ebenen - auf nationaler wie europäischer - noch mehr zu leisten ist, um Europa den Bürgerinnen und Bürgern auf nachvollziehbare und attraktive Weise näher zu bringen, wobei die den Europäern gemeinsame Geschichte und Werte betont wird. Die Parlamentspräsidenten sind der Ansicht, dass die Stärkung der sozialen Dimension der nationalen und europäischen Politik dieses Ziel erheblich fördern kann.

Außerordentliche EU-PPK anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge

Vor dem Hintergrund des Brexit und der schweren Krise, in der sich die EU 2016 befand, trafen die Präsidenten der Parlamente der EU zu einer außerordentlichen Konferenz im Gedenken an die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor sechzig Jahren und als Akt der Einheit zusammen. Die außerordentliche Konferenz fand in den Räumlichkeiten der italienischen Kammern unter der Schirmherrschaft der Präsidentin der italienischen Abgeordnetenkammer, Laura Boldrini, und des Präsidenten des italienischen Senats, Pietro Grasso, statt.

Das Europäische Parlament war durch seinen neu gewählten Präsidenten Antonio Tajani vertreten, der auch Hauptredner war. Er betonte, der Schwerpunkt müsse auf der Reform der

Europäischen Union liegen, um sie zu verbessern, demokratischer zu machen und in die Lage zu versetzen, den Erwartungen der Bürger gerecht zu werden.

Weitere Redner bei dieser feierlichen Veranstaltung waren Romano Prodi, ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission, Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission, Giorgio Napolitano, Präsident Emeritus der Italienischen Republik, Mario Monti, ehemaliges Kommissionsmitglied und ehemaliger Präsident des Ministerrates, und Paolo Gentiloni, Präsident des italienischen Ministerrats.

4. Interparlamentarischer Dialog

4.1 Europäische Parlamentarische Woche und Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPC SECG)

Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (SKS-Vertrag) sieht die Bildung einer interparlamentarischen Konferenz vor, um die Haushaltspolitik und andere von diesem Vertrag erfasste Angelegenheiten zu diskutieren. Die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU verabschiedete im Jahr 2015 die Geschäftsordnung der Interparlamentarischen Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union (IPC SECG). Die Konferenz umfasst alle nationalen Parlamente und das Europäische Parlament. Die Parlamente dürfen die Größe und Zusammensetzung ihrer Delegationen frei bestimmen. Siehe www.ipex.eu

Die Europäische Parlamentarische Woche und die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union haben einen festen Platz im Kalender der interparlamentarischen Tätigkeiten und sind ein echtes Forum für interparlamentarische Debatten in diesen zunehmend wichtigen Politikbereichen.

2017 fand die Europäische Parlamentarische Woche vom 30. Januar bis 1. Februar 2017 in den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel statt. Wie in den Vorjahren wurden im Rahmen der Europäischen Parlamentarischen Woche 2017 zwei Veranstaltungen durchgeführt:

- Die Konferenz zum Europäischen Semester, veranstaltet vom Europäischen Parlament. Sie bot Gelegenheit zum Austausch von Informationen über bewährte Verfahren bei der Umsetzung der Zyklen des Semesters. Darüber hinaus eröffneten sich dort Möglichkeiten für eine verstärkte Zusammenarbeit im Hinblick auf eine gründliche Prüfung der Maßnahmen der Exekutive auf Ebene der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union im Rahmen des Zyklus des Europäischen Semesters.
- Die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union, eine gemeinsame Veranstaltung des Repräsentantenhauses von Malta und des Europäischen Parlaments unter dem Vorsitz beider Kammern. Die Konferenz ist das Forum für fruchtbare Debatten und den Austausch bewährter Verfahrensweisen bei der Umsetzung der Vertragsbestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament. Zudem trägt sie dazu bei, die demokratische Rechenschaftspflicht im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und der Haushaltspolitik in der EU, vor allem in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), sicherzustellen, ohne die soziale

Dimension aus den Augen zu verlieren oder die Zuständigkeiten der nationalen Parlamente der EU zu beschneiden.

Zur Europäischen Parlamentarischen Woche kamen über 100 Mitglieder nationaler Parlamente aus der ganzen Europäischen Union und Mitglieder des Europäischen Parlaments zusammen, um wirtschaftliche, haushaltspolitische und soziale Fragen zu erörtern.

Im Rahmen des estnischen Ratsvorsitzes der EU veranstaltete das estnische Parlament vom 29. bis 31. Oktober 2017 in Tallinn die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union. Im Mittelpunkt dieser Konferenz standen folgende vier Themen: Zukunft der EWWU, Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und finanzielle Unterstützung, haushaltspolitische Herausforderungen der Europäischen Union und wirksame Steuererhebung. Eiki Nestor, Präsident des estnischen Parlaments, und Remo Holsmer, stellvertretender Vorsitzender des Finanzausschusses des estnischen Parlaments, empfingen während dieser dreitägigen Konferenz 172 Mitglieder von Parlamenten aus 26 Mitgliedstaaten, dem Europäischen Parlament, der Kommission, Norwegen und Montenegro.

4.2 Interparlamentarische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik

Die Interparlamentarische Konferenz (IPK) über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), die 2012 mit einem Beschluss der Konferenz der Präsidenten der Parlamente der EU gegründet wurde, ist eine wichtige Plattform für interparlamentarische Debatten über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Die Konferenz wird in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zweimal im Jahr von dem Parlament desjenigen EU-Mitgliedstaats ausgerichtet, der den rotierenden Ratsvorsitz innehat, und wird regelmäßig von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der gesamten EU besucht. Darüber hinaus lädt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments häufig nationale Parlamente zu seinen Sitzungen in Brüssel ein, wodurch der interparlamentarische Dialog in diesem essenziell wichtigen Politikbereich ergänzt wird. Siehe www.ipex.eu

2017 fanden die 10. und die 11. Interparlamentarische Konferenz über die GASP und GSVP in Malta (26.-28. April) und Tallinn (2.-4. September) statt. Die Delegationen des Europäischen Parlaments zu beiden Treffen bestanden aus Mitgliedern des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und wurden von David McAllister, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, geleitet.

Während der Interparlamentarischen Konferenz über die GASP und GSVP, die im Rahmen des maltesischen Ratsvorsitzes der EU stattfand, standen folgende Themen im Mittelpunkt der Gespräche: die östliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik und die Antwort Europas auf die Instabilität und Bedrohungen im südlichen Mittelmeer und im Nahen Osten. Verschiedene Workshops fanden zur Migrationspolitik der EU im Jahr 2017 statt. Weitere Themen waren die Bekämpfung von Propaganda und Informationskriegsführung, der Europäische Verteidigungs-Aktionsplan sowie die Beziehungen zwischen EU und NATO. Bei der Konferenz wurden umfassende Schlussfolgerungen mit konkreten Empfehlungen zu all diesen Themen angenommen.

Im zweiten Halbjahr 2017 fanden bei der Konferenz auf Initiative des estnischen Parlaments Gespräche und ein Meinungsaustausch zu folgenden Fragen statt: Europa im globalen Kontext,

Belebung der westlichen Einheit und der transatlantischen Beziehungen, Prioritäten der EU in den Bereichen GASP/GSVP, Situation entlang der EU-Grenzen, Wege zur Stärkung der europäischen Verteidigung sowie konkrete Aspekte einer hybriden Welt inklusive des Cyberraumes und strategischer Kommunikation. Spezielle Seminare während der Konferenz waren den Grenzen der Europäischen Union gewidmet, dabei lag der Schwerpunkt auf dem Westbalkan sowie der Östlichen Partnerschaft und Russland.

In ihrer gemeinsamen Erklärung bestätigten die Ko-Vorsitzenden, dass die halbjährliche Konferenz nationalen und europäischen Abgeordneten ermöglicht, ihre politischen Positionen zu wichtigen sicherheits- und verteidigungspolitischen Themen abzustimmen, um die Wirksamkeit der nationalen Politik und der EU-Politik zur Bewältigung dieser globalen Herausforderungen zu erhöhen.

4.3 Interparlamentarische Ausschusssitzungen und sonstige interparlamentarische Treffen

Zusätzlich zu den beiden regulären Interparlamentarischen Konferenzen organisieren die Ausschüsse des Europäischen Parlaments jährlich bis zu 20 Interparlamentarische Ausschusssitzungen, zu denen sie die entsprechenden Ausschüsse der nationalen Parlamente einladen, um gezielte Debatten zu führen. Andere Arten von interparlamentarischen Treffen werden eher auf Ad-hoc-Basis organisiert, oft durch das Parlament des Ratsvorsitzes.

Die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten haben sich in den letzten Jahren deutlich vertieft. Gespräche in Interparlamentarischen Ausschusssitzungen bieten Abgeordneten eine Plattform für einen konkreteren und zielgerichteteren Austausch zu wichtigen legislativen und politischen Fragen von gemeinsamem Interesse. Interparlamentarische Ausschusssitzungen sind heute ein dynamischer Bestandteil der interparlamentarischen Zusammenarbeit und stehen auf dem Jahresprogramm der Ausschüsse des Europäischen Parlaments. Durch die kontinuierlich hohe Anwesenheitsquote und Beteiligung der nationalen Parlamente konnte auf Ebene des Europäischen Parlaments anhaltend darüber nachgedacht werden, wie am besten erreicht werden kann, dass die Sitzungen für alle Seiten nutzbringend und zweckmäßig sind.

2017 wurden 15 Interparlamentarische Ausschusssitzungen veranstaltet, die meisten davon in der traditionellen Form Interparlamentarischer Ausschusssitzungen, aber auch als Meinungsaustausch. Die Treffen wurden auf Initiative eines oder mehrerer Ausschüsse des Europäischen Parlaments und mit Unterstützung der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten in Brüssel durchgeführt. Die sehr große Zahl der Treffen und die abschließende Auswahl der Themen waren das Ergebnis umfangreicher Bemühungen, ein Gleichgewicht zwischen den legislativen und politischen Prioritäten der Parlamente der EU und den Prioritäten zu finden, die durch internationale Entwicklungen vorgegeben sind. Im Jahr 2017 trafen in Sitzungen, die von neun verschiedenen parlamentarischen Ausschüssen organisiert wurden, 450 Mitglieder nationaler Parlamente mit 400 Mitgliedern des Europäischen Parlaments zusammen. Drei Ausschüsse organisierten mehr als eine Veranstaltung, an der nationale Parlamente teilnahmen: der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) veranstaltete drei, der Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) und der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM) jeweils zwei Interparlamentarische Ausschusssitzungen.

Das Europäische Parlament stellte sicher, dass einige Treffen regelmäßig auf dem Kalender der interparlamentarischen Tätigkeiten stehen. Dazu gehören: die Europäische Parlamentarische

Woche (siehe Kapitel 4.1), ein jährlicher Meinungsaustausch zum Zyklus des Europäischen Semesters, die halbjährlichen Treffen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Rahmen der Interparlamentarischen Konferenz zur GASP und zur GSVP (siehe Kapitel 4.2) und Sitzung des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März.

2017 beging der FEMM-Ausschuss zusätzlich zur Interparlamentarischen Ausschusssitzung zur Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau im März den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen mit der Veranstaltung einer Interparlamentarischen Ausschusssitzung zum Thema „The Istanbul Convention: combating violence against women at national and EU level“ (Das Übereinkommen von Istanbul: Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf nationaler und EU-Ebene).

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments trugen das gesamte Jahr 2017 über entscheidend zur laufenden Debatte über die Zukunft Europas bei und legten konkrete Vorschläge zur Reform der europäischen Politik und Institutionen vor. Wann immer möglich, luden die Ausschüsse nationale Parlamente ein, mit ihnen während Interparlamentarischer Ausschusssitzungen Gespräche zu führen.

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres veranstaltete eine Interparlamentarische Ausschusssitzung zur dritten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und eine weitere zur Einführung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte. Der LIBE-Ausschuss führte ferner einen Meinungsaustausch mit nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft zum Thema „Umfassende Bewertung der EU-Sicherheitspolitik“ durch.

Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen lud nationale Parlamente zu einer Interparlamentarischen Ausschusssitzung mit dem Titel „The Future of Europe: Perspectives on the European Parliament’s proposals and the Commission White Paper“ (Die Zukunft Europas: Perspektiven zu den Vorschlägen des Europäischen Parlaments und dem Weißbuch der Kommission) ein. Zur Vorbereitung der Ausarbeitung seines Berichts „Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags“ hielt der AFCO-Ausschuss eine eigene Interparlamentarische Ausschusssitzung ab, bei der Abgeordnete und Fachleute dem Berichterstatter und dem Ausschuss einen unmittelbaren Einblick in das Thema gaben.

Der Ausschuss für regionale Entwicklung legte den Schwerpunkt auf die Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020. Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET) des Europäischen Parlaments erörterte die Perspektiven der EU-Integration und des Beitrittsprozesses der westlichen Balkanstaaten, ein frühzeitiger Meinungsaustausch zu einem Thema, das als eine der Prioritäten des bulgarischen Ratsvorsitzes angekündigt war. Die nationalen Parlamente nahmen im Rahmen der Interparlamentarischen Ausschusssitzung „Umsetzung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik und der Ziele für eine nachhaltige Entwicklung“ an der Debatte über die Rolle der EU auf der internationalen Bühne teil, die vom Entwicklungsausschuss veranstaltet wurde.

Ein Höhepunkt im Jahr 2017 war die gemeinsame Veranstaltung der konstituierenden Sitzung des Gemeinsamen Parlamentarischen Kontrollausschusses durch den LIBE-Ausschuss und den estnischen Ratsvorsitz. Der Sitzung war ein arbeitsintensiver Prozess der Konsultation und des Austauschs vorausgegangen (siehe Kapitel 2.3).

Eine jüngere Entwicklung im Rahmen der interparlamentarischen Zusammenarbeit war die Einladung nationaler Parlamente zur Teilnahme an hochrangigen Konferenzen, die auf Initiative

und unter der Schirmherrschaft des Europäischen Parlaments stattfanden. Die erste hochrangige Konferenz beschäftigte sich mit dem Thema Migrationssteuerung und fand am 21. Juni 2017 statt. Es schlossen sich ähnliche Veranstaltungen zu den Themen Tourismus (27. September 2017), Finanzierung sauberer Energie (7. November 2017) und erneuerte Partnerschaft mit Afrika (22. November 2017) an. Zu den hochrangigen Konferenzen kamen Mitglieder der nationalen Parlamente sowie des Europäischen Parlaments und eine Vielzahl von Interessenträgern zusammen. Dieses neue Format bot ein breites Spektrum an Perspektiven zu diesen Themen und trug zu fundierteren parlamentarischen Debatten bei.

Eine Liste aller interparlamentarischen Sitzungen, die das Europäische Parlament 2017 organisiert hat, sowie detaillierte Statistiken finden Sie im Anhang II.

4.4 Bilaterale Besuche von Parlamenten der Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament

Bilaterale Besuche einzelner nationaler Parlamente im Europäischen Parlament sind ein Instrument und Format für den interparlamentarischen Dialog, das sich ständig weiterentwickelt, und werden häufig mit Besuchen in anderen Gemeinschaftsorganen verbunden. Dieses Format bietet einen stark fokussierten, maßgeschneiderten und flexiblen, kosten- und zeitsparenden Rahmen für Diskussionen über Fragen, die für ein nationales Parlament besonders von Belang sind.

Zweck der bilateralen Besuche ist die Förderung und Intensivierung der Beziehungen zwischen den Parlamenten auf politischer und administrativer Ebene. Ihre Zahl nimmt weiter zu, ein neuer Trend, der sich fortsetzt.

2017 wurde mit insgesamt 85 eine Rekordzahl an Besuchen durchgeführt: Die meisten Besuchsansfragen gingen von beiden Häusern des britischen Parlaments, der Französischen Nationalversammlung und dem norwegischen Parlament ein. Im Mittelpunkt der Besuche des britischen Parlaments stand naturgemäß der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Die Besuche aus Frankreich hatten größtenteils die Unterstützung der umfassenden Reformprozesse des französischen Parlaments zum Ziel. Die Tätigkeit Norwegens lässt sich zum Teil auch mit dem Brexit erklären, da das „norwegische Modell“ 2017 noch als eine überzeugende Option für die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich galt. Wie bereits im Kapitel über die Zukunft der EU erwähnt, standen der Austritt des Vereinigten Königreichs und die Bemühungen, die EU den Bürgern näher zu bringen, ganz oben auf der Tagesordnung dieser Sitzungen.

Spezielle Besuche für Abgeordnete und Fachleute wurden im Rahmen des Programms zur Unterstützung des Parlaments des Vorsitzes für die Parlamente der Länder durchgeführt, die erstmals den Ratsvorsitz der EU innehatten (siehe Kapitel 6.3). Das Europäische Parlament führt auf Anfrage zuweilen Besuche für die Mitarbeiter von Kammern durch, die ihre Organisation anpassen oder modernisieren und Interesse an der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments bekunden.

Eine ausführliche Liste aller im Jahr 2017 mit Unterstützung der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten durchgeführten Besuche der Parlamente der Mitgliedstaaten, einschließlich Videokonferenzen, finden Sie im Anhang III.

5. Das „Frühwarnsystem“ und der „informelle politische Dialog“ - Die Protokolle Nr. 1 und Nr. 2 zum Vertrag von Lissabon

In Protokoll Nr. 2 zum Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) ist ein Überprüfungsmechanismus unter Beteiligung der nationalen Parlamente festgelegt, das sogenannte „Frühwarnsystem“. Im Rahmen dieses Systems können die nationalen Parlamente EU-Gesetzgebungsentwürfe daraufhin prüfen, ob diese gegen das Subsidiaritätsprinzip verstoßen, und innerhalb von acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung des Entwurfs eine begründete Stellungnahme an die Institution senden, die den Entwurf vorgelegt hat. Das Protokoll sieht ein Verfahren zur Prüfung und sogar eine obligatorische Prüfung vor (jeweils bekannt als „gelbe Karte“ und „orange Karte“), wenn die Zahl der begründeten Stellungnahmen einen bestimmten Schwellenwert überschreitet. Durch diese offizielle Rolle der nationalen Parlamente wurde eine stärkere Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament gefördert. Dies führte zu einer Überarbeitung und Änderung der Geschäftsordnung und der Verwaltungsstrukturen des Europäischen Parlaments, um eine weitere Verbesserung der interparlamentarischen Beziehungen zu erzielen.

Siehe www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/connect/welcome.html

5.1 Frühwarnsystem

Im Hinblick auf das Frühwarnsystem werden Anträge der nationalen Parlamente unter den folgenden Kategorien geprüft:³

1. als „begründete Stellungnahme“, wenn sie innerhalb der in Artikel 6 von Protokoll 2 zum Vertrag von Lissabon⁴ genannten Frist von acht Wochen eingegangen sind und die Nichteinhaltung des Subsidiaritätsprinzips betreffen;
2. als „Beiträge“, wenn sie die oben genannten Kriterien nicht erfüllen.
Innerhalb des Europäischen Parlaments ist der Rechtsausschuss (JURI) für die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips verantwortlich.⁵

2017 erhielt das Europäische Parlament offiziell 421 Anträge von den nationalen Parlamenten gemäß Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. 49 von ihnen waren begründete Stellungnahmen, bei den übrigen 372 handelte es sich um Beiträge (Anträge, in denen keine Probleme in Bezug auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips behandelt werden).

Seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (1. Dezember 2009) wurden 2 799 Anträge nationaler Parlamente eingereicht. Davon waren lediglich 429 (15 %) begründete

³ Siehe Dokument der Konferenz der Ausschussvorsitze vom 15. Dezember 2010: „Gemeinsames Konzept der Konferenz der Ausschussvorsitzenden für die Behandlung begründeter Stellungnahmen und aller sonstigen Beiträge nationaler Parlamente auf Ausschussebene“.

⁴ Siehe Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit, Artikel 6: „Die nationalen Parlamente oder die Kammern eines dieser Parlamente können binnen acht Wochen nach dem Zeitpunkt der Übermittlung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsakts in den Amtssprachen der Union in einer begründeten Stellungnahme an die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission darlegen, weshalb der Entwurf ihres Erachtens nicht mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar ist. Dabei obliegt es dem jeweiligen nationalen Parlament oder der jeweiligen Kammer eines nationalen Parlaments, gegebenenfalls die regionalen Parlamente mit Gesetzgebungsbefugnissen zu konsultieren.“

⁵ Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments Anlage V Absatz XVI Unterabsatz 1: „Der [Rechtsausschuss] ist zuständig für: die Auslegung, Anwendung und Überwachung des Unionsrechts, die Übereinstimmung der Rechtsakte der Union mit dem Primärrecht, insbesondere die Wahl der Rechtsgrundlagen und die Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.“

Stellungnahmen, die einen Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip aufführen. Die große Mehrzahl (etwa 85 %) waren Beiträge, die sich mit dem Inhalt der Entwürfe befassten.

Dies beweist, dass nationale Parlamente dieses System nicht dazu genutzt haben, um den Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene zu verzögern. Bisher haben nur wenige nationale Parlamente eine große Zahl an begründeten Stellungnahmen eingereicht. 2017 haben 18 von 41 Kammern begründete Stellungnahmen abgegeben. Am aktivsten waren der französische *Sénat* mit acht sowie der deutsche Bundestag und der österreichische Bundesrat mit jeweils sechs begründeten Stellungnahmen.

Seit der Einführung dieses Mechanismus wurde der zur Auslösung des Überprüfungsverfahrens der „gelben Karte“ notwendige Schwellenwert erst dreimal erreicht, zuletzt im Mai 2016 im Hinblick auf den Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern. Die Kommission entschied, ihren Vorschlag aufrechtzuerhalten, da dieser ihrer Meinung nach nicht gegen das Subsidiaritätsprinzip verstieß.⁶ Viele nationale Parlamente, die an diesem dritten Verfahren der „gelben Karte“ teilgenommen hatten, brachten im Laufe des Jahres 2017 mehrfach ihre Enttäuschung über das Ergebnis zum Ausdruck.

Die nationalen Parlamente haben das Protokoll Nr. 2 als Mittel genutzt, ihre Standpunkte zum Inhalt der Vorschläge statt zur Subsidiarität zum Ausdruck zu bringen. Dies spiegelt ihren Wunsch wider, stärker in den inhaltlichen Gesetzgebungsprozess einbezogen zu werden.

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten stellt den Mitgliedern (insbesondere den Berichterstattern), politischen Gremien sowie den Dienststellen des Europäischen Parlaments während des gesamten Gesetzgebungszyklus Fachwissen und Hintergrundinformationen zu den Anträgen nationaler Parlamente zur Verfügung.

Im diesem Zusammenhang unterhält die Direktion die Datenbank CONNECT, die alle Dokumente umfasst, die seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon von den nationalen Parlamenten übermittelt wurden. CONNECT wurde Anfang 2017 um eine Reihe wichtiger Suchfunktionen und statistischer Instrumente erweitert. Die Datenbank ist nun auf der Website der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten abrufbar: www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/connect/welcome.html

Durch diese Erweiterung konnten die Informationen auch direkt in die gemeinsame Arbeitsplattform eCommittee der Generaldirektionen interne Politikbereiche/externe Politikbereiche (IPOL/EXPO) aufgenommen werden. Wie alle anderen Ausschussdokumente und Informationen zu einem legislativen Dossier werden die Anträge der nationalen Parlamente direkt in das Dossier aufgenommen, auf das sie sich beziehen. Dies gilt nicht nur für begründete Stellungnahmen, sondern auch für alle von nationalen Parlamenten übermittelten Beiträge.

Eine weitere Dienstleistung, die die Direktion anbietet, ist der monatliche „State of Play Note on reasoned opinions and contributions“ (Vermerk zum aktuellen Stand der begründeten Stellungnahmen und Beiträge). Der Vermerk besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil enthält einen Überblick über alle seit dem vorhergehenden Vermerk eingegangenen Anträge, der zweite Teil Verweise auf alle legislativen Dossiers, die auf der Tagesordnung der jeweiligen Plenartagung stehen. Er wird für die Sitzung der Konferenz der Ausschussvorsitzenden am Dienstag jeder

⁶ Siehe Kapitel 2.2 des Halbzeitberichts 2016, Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU, Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten.

Tagung in Straßburg vorbereitet und ist Teil der offiziellen Sitzungsunterlagen. Der „State of Play Note“ ist auch auf der Website der Direktion abrufbar und wird vor jeder Plenartagung an alle Mitglieder/Assistenten und Vertreter von Fraktionen, den Juristischen Dienst und die Generaldirektionen IPOL und EXPO, die Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments sowie die Dienststellen der Kommission und des Rates verteilt, die für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten zuständig sind.

5.2 Informeller politischer Dialog

Protokoll Nr. 1 zum AEUV sieht vor, dass sich nationale Parlamente zu legislativen Dossiers, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Europäischen Union fallen, und zu einer Vielzahl von nichtlegislativen Dokumenten, beispielsweise zu den laufenden Debatten auf europäischer Ebene, zu Grün-/Weißbüchern oder Mitteilungen der Kommission, äußern können. Es gibt zahlreiche Kommentare zu diesen Dokumenten, die unter den „informellen politischen Dialog“ fallen.

Auch 2017 haben die nationalen Parlamente aktiv von diesem Instrument Gebrauch gemacht und 199 Beiträge übermittelt.⁷ Die drei aktivsten Kammern waren in diesem Zusammenhang die rumänische Abgeordnetenkammer mit 30, der tschechische Senat mit 28 und die italienische Abgeordnetenkammer mit 27 Beiträgen im Jahr 2017.

Seit 2009 hat das Europäische Parlament rund 1 900 Beiträge von nationalen Parlamenten erhalten; diese werden ebenfalls in der oben genannten Datenbank CONNECT veröffentlicht.

Detaillierte Statistiken für die begründeten Stellungnahmen und Beiträge, die im Rahmen des Frühwarnsystems 2017 eingegangen sind, finden Sie in Anhang IV.

5.3 Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit

Die Europäische Kommission setzte 2017 ihre engere Zusammenarbeit und den Dialog mit den nationalen Parlamenten fort. Nationale Parlamente laden Kommissionsmitglieder zunehmend zu ihren Debatten ein, arbeiten mit ihnen bei der gemeinsamen Auswahl von zu prüfenden Prioritäten im jährlichen Arbeitsprogramm der Kommission zusammen und machen Vorschläge für legislative Initiativen.

Im Laufe der Jahre haben die nationalen Parlamente gemeinsam über mögliche praktische Verbesserungen im Rahmen der Verträge nachgedacht, um die Ziele des Subsidiaritätsprinzips bestmöglich zu verwirklichen. Die COSAC gab in ihren angenommenen Beiträgen wiederholt Empfehlungen ab, die sich hauptsächlich auf folgende Punkte beziehen: Ausnahme von Ferienzeiten bei der Berechnung der Frist für die Einreichung begründeter Stellungnahmen, Festlegung einer internen achtwöchigen Frist für die Antworten der Kommission auf begründete Stellungnahmen nationaler Parlamente, Empfehlung, in der Begründung neuer Vorschläge, die Rechtsakte ersetzen, zu denen eine große Zahl begründeter Stellungnahmen eingereicht wurde, darzulegen, wie den bekannten Subsidiaritätsbedenken Rechnung getragen wurde, Aufnahme weiterer Aspekte der Folgenabschätzung in die Begründung, insbesondere die für die Bewertung

⁷ Wie beim Protokoll 2 werden Anträge, die im Rahmen des informellen politischen Dialogs eingereicht werden, „Beiträge“ genannt.

relevante Untersuchung, inwieweit bei einem Rechtsakt die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit eingehalten wurden.⁸

Die Verbesserung der Subsidiaritätskontrolle und des politischen Dialogs innerhalb des derzeitigen vertraglichen Rahmens wurde in der Plenarsitzung der LVII. COSAC in Malta in der Sitzung „The role of national Parliaments in the future of the EU“ (Die Rolle der nationalen Parlamente in der Zukunft der EU) erörtert. Die Abgeordneten, die in der Debatte das Wort ergriffen, wiederholten die oben genannten Vorschläge und forderten ferner genauere und aussagekräftigere Antworten; die kontinuierliche Anwendung der „grünen Karte“ wurde als positive Möglichkeit betrachtet, Beiträge nationaler Parlamente zu übermitteln. Mehrere Kammern, vor allem aus den Ländern der Visegrád-Gruppe, sprachen sich für die Einführung der sogenannten „roten Karte“ aus, die ein Vetorecht der Parlamente im Hinblick auf die Kommissionsvorschläge ermöglichen würde.

Die Arbeit des Europäischen Parlaments an der Bewertung der Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags wurde in Kapitel 2.6.3 behandelt.

Die nationalen Parlamente begrüßten die Einrichtung der „Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und weniger, aber effizienteres Handeln“ am 14. November 2017 durch Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. Die Taskforce wird dem Präsidenten bis zum 15. Juli 2018 einen Bericht vorlegen und Empfehlungen dazu abgeben, wie die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit besser auf Politikbereiche angewendet werden können, in denen die Arbeit teilweise oder ganz auf die Mitgliedstaaten zurückübertragen werden könnte, sowie über Möglichkeiten einer besseren Einbeziehung regionaler und lokaler Gebietskörperschaften in die Politikgestaltung und -umsetzung der EU.

Die Konferenz der Präsidenten des Europäischen Parlaments hat die Aufforderung, Vertreter in die Taskforce zu entsenden, unter Wahrung des allgemein anerkannten Grundsatzes abgelehnt, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht an von der Kommission eingesetzten beratenden Foren oder Arbeitsgruppen teilnehmen dürfen.

In den Schlussfolgerungen der LVIII. COSAC in Tallinn heißt es, dass die nationalen Parlamente in der Taskforce durch die Mitglieder der nationalen Parlamente in der Vorsitz-Troika der COSAC (Vertreter des estnischen, bulgarischen und österreichischen Parlaments) vertreten sind. Die COSAC forderte die Kommission auf, die Zahl der Vertreter der nationalen Parlamente in der Taskforce aufzustocken, um eine breitere Vertretung und ein größeres Spektrum an Fachwissen zu erreichen. Der Vorschlag wurde von der Kommission nicht angenommen.

Infolgedessen und um die Debatte unter allen nationalen Parlamenten auszuweiten und ihre Bemühungen um die Vertretung der Interessen der europäischen Bürger zu koordinieren, wurde eine Arbeitsgruppe der COSAC eingesetzt, in der sämtliche nationalen Kammern vertreten sind.

⁸ Eine ausführliche Zusammenfassung der COSAC-Empfehlungen wurde in einem Dokument zur Verfügung gestellt, das der COSAC von der Delegation des tschechischen Senats vorgelegt wurde; es war als Beitrag zu den Arbeiten der „Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und weniger, aber effizienteres Handeln“ gedacht. Das Dokument ist abrufbar unter: www.ipex.eu/IPEXL-WEB/parliaments/institution/czsen.do

6. Instrumente zum Informationsaustausch und zur Vernetzung

6.1 Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

Zu den Mitgliedern des vom Europäischen Parlament und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemeinsam geführten Europäischen Zentrums für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) zählen 66 parlamentarische Kammern (davon 41 in der Europäischen Union) aus 54 Ländern sowie die europäischen Institutionen. Fast 120 Korrespondenten und stellvertretende Korrespondenten vertreten ihr jeweiliges Parlament innerhalb des Netzwerks und tragen zu den Hauptaktivitäten des EZPWD bei, die in einem intensiven Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bestehen. Siehe ecprd.secure.europarl.europa.eu/ecprd/public/page/about

2017 beging die EZPWD den 40. Jahrestag ihres Bestehens. Das Europäische Parlament veranstaltete gemeinsam mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates eine Jahreskonferenz der Korrespondenten im *Palais de l'Europe* in Straßburg. Dabei wurde Bilanz der bisherigen Erfolge gezogen und über künftige Möglichkeiten diskutiert. Die Konferenz wurde mit einem Grundsatzreferat über die Bedeutung von Information in Parlamenten und für Abgeordnete eröffnet. Daran schloss sich ein Rückblick auf die Entwicklung des EZPWD zu einem Modell für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren an. Der Tag wurde mit zwei Vorträgen abgeschlossen, in denen die Herausforderungen für wissenschaftliche Dienste und Bibliotheken in Parlamenten dargelegt wurde.

Bei der Konferenz wurde ferner eine Festschrift vorgelegt, in der Korrespondenten aus etwa 40 Parlamenten aus ihrer Sicht den Stand der parlamentarischen Forschung erläuterten und hervorhoben, dass das EZPWD den Informationsbedarf der Mitglieder und der parlamentarischen Gremien erfüllen muss.

Außerdem wurde kurz vor der Konferenz Version 5 der EZPWD-Website gestartet. Die interne Struktur wurde nach zwei Jahren intensiver Arbeiten vollständig umgestaltet. Ein neues „angepasstes“ Design ermöglicht nun eine problemlose Nutzung für Smartphones, Tablets und den klassischen PC gleichermaßen. Es sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, dass die Zusammenarbeit mit der Generaldirektion ITEC weiterhin sehr effizient war.

Die Direktion und der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS) veranstalteten erfolgreich ein EZPWD-Seminar mit dem Titel „The future of parliamentary research services and libraries in an era of rapid change: Optimising quality, service, delivery and relevance“ (Die Zukunft der wissenschaftlichen Dienste und Bibliotheken von Parlamenten in einer Zeit des raschen Wandels: Optimierung von Qualität, Dienstleistung, Ergebnissen und Relevanz). An der Veranstaltung nahmen 73 Teilnehmer aus 36 parlamentarischen Kammern teil. Sogenannte „Break-out-Gruppen“ bildeten einen neuen vielversprechenden Bestandteil eines EZPWD-Seminars. Die Teilnehmer konnten methodische Fragen und Herausforderungen in drei parallelen Workshops zu den Themen Brexit, Kreislaufwirtschaft und Migrationspolitik in Europa erörtern. Eine spezielle Sektion war den regionalen Initiativen der Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichen Diensten von Parlamenten in den nordeuropäischen Ländern, Südosteuropa und der Visegrád-Gruppe gewidmet. In dieser Sitzung, aber auch in den Beiträgen zu den Workshops kam ein breites Interesse an einem stärkeren Informationsaustausch zwischen den Diensten zum Ausdruck.

Im Hinblick auf vergleichende Anfragen gab es 2017 einen neuen Rekord mit insgesamt 337 Anfragen, dies ist ein deutlicher Anstieg gegenüber 2016, als 273 Anfragen bei dem Netzwerk eingingen. Auf den ersten Blick ist dies eine sehr positive Botschaft, weil darin

eindrucksvoll die Wertschätzung des EZPWD und seine Bedeutung für die Parlamente zum Ausdruck kommen. Jede Anfrage steht allerdings auch für hohe Erwartungen nicht nur im Hinblick auf die Zahl der Antworten, sondern auch im Hinblick auf die Qualität der gewünschten Informationen. Die Vorbereitung der Antworten auf eine derart große Zahl von Anfragen führt natürlich zu einem hohen Arbeitsaufkommen. Glücklicherweise gibt es bisher keine Anzeichen dafür, dass diese Tätigkeit des EZPWD Opfer ihres eigenen Erfolgs werden könnte, ein gewisses Bewusstsein für dieses mögliche Risiko ist jedoch wichtig.

In ihrer Rolle als Vermittler unterstützt die Direktion des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten die jeweiligen Dienststellen des Europäischen Parlaments. 2017 übermittelte die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten dem EZPWD-Netzwerk sechs Anfragen im Namen anderer Dienststellen des Europäischen Parlaments. Ferner koordinierte sie 31 Antworten auf Anfragen anderer EZPWD-Parlamente.

Spotlight on Parliaments in Europe - Schlaglicht auf Parlamente in Europa

Im Vermerk „Spotlight on Parliaments in Europe“ werden Informationen zu ausgewählten aktuellen Themen zusammengefasst, die von Parlamenten im Rahmen des EZPWD ausgetauscht werden.

Im Jahr 2017 erstellte die Direktion fünf Ausgaben des „Spotlight“ zu einer großen Bandbreite an Themen.

Ein Überblick über die Fragen, zu denen das Europäische Parlament das EZPWD-Netzwerk konsultierte, der Anfragen, zu denen das Europäische Parlament Antworten vorlegte, eine detaillierte Liste der EZPWD-Seminare und satzungsgemäßen Sitzungen sowie ein Verzeichnis der 2017 erschienenen Ausgaben des „Spotlight on Parliaments“ sind in Anhang V enthalten.

6.2 Interparlamentarischer EU-Informationsaustausch (IPEX)

Das Ziel des Interparlamentarischen EU-Informationsaustauschs (IPEX) ist die Förderung der interparlamentarischen Zusammenarbeit durch die Bereitstellung einer Plattform für den elektronischen Austausch von EU-bezogenen Informationen zwischen Parlamenten in der EU. IPEX wurde als eine Initiative der nationalen Parlamente der EU ins Leben gerufen und mit technischer Unterstützung des Europäischen Parlaments entwickelt. Heute verwenden 41 Kammern von 28 nationalen Parlamenten sowie das Europäische Parlament IPEX bei ihrer täglichen Arbeit. IPEX wird kontinuierlich verbessert, um den sich ändernden Anforderungen der Nutzer gerecht zu werden. Siehe www.ipex.eu

2017 wurden zwei wichtige Dokumente angenommen. Die „Digitale Strategie für IPEX“ wurde von den Generalsekretären der Parlamente der EU auf ihrer Sitzung in Bratislava am 21. Februar gebilligt. Dabei handelt es sich um einen umfassenden Plan zur künftigen Entwicklung von IPEX. In der digitalen Strategie werden auch die strategischen Ansätze für die Verwirklichung und Umsetzung der Ziele von IPEX dargestellt. Ferner werden die wichtigsten Bestimmungen für die kurzfristige Wartung und Pflege der Website festgelegt, Wege aufgezeigt, wie die nationalen Korrespondenten von IPEX aktiv an der Verwirklichung der Ziele der digitalen Strategie beteiligt werden können, die Beziehungen zu anderen Akteuren und Plattformen im Rahmen des Austauschs von EU-Informationen beschrieben und entsprechende Maßnahmen zur Förderung von IPEX und der weiteren Entwicklung der Kommunikation festgelegt.

In der Sitzung am 19. Mai 2017 in Bratislava nahm der IPEX-Vorstand ein Arbeitsprogramm 2017-2020 als Instrument zur Umsetzung der digitalen Strategie an. Das dreijährige Arbeitsprogramm richtet sich an den slowakischen (2017-2018), estnischen (2018-2019) und österreichischen (2019-2020) IPEX-Vorsitz. Das Programm sieht folgende vorrangige Ziele vor: Förderung des IPEX; Ausbau des IPEX-Netzwerks sowie Verbesserung der IPEX-Datenbank.

Der Vorstand beschloss, zur Umsetzung des Arbeitsprogramms drei Arbeitsgruppen einzusetzen, die jeweils mit der Verwirklichung eines vorrangigen Ziels beauftragt sind.

Das Europäische Parlament hat die Annahme beider Dokumente tatkräftig unterstützt. Der für IPEX in der Generaldirektion ITEC zuständige Beamte und das Referat Institutionelle Zusammenarbeit der Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten haben dazu ihren Beitrag geleistet. Die fortgesetzte Unterstützung des Europäischen Parlaments für IPEX kommt in der Aufmerksamkeit zum Ausdruck, die Paulo Rangel ihm bei der Ausarbeitung seines Berichts über die Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags gewidmet hat. Bei mehreren Besuchen in nationalen Parlamenten verwies der Berichterstatter immer wieder auf die Wichtigkeit der Plattform und legte Vorschläge zu ihrer möglichen Verbesserung vor.

IPEX ist zwar nicht die einzige Plattform für den Austausch von EU-bezogenen Dokumenten, hat jedoch nach Ansicht des Europäischen Parlaments das Potenzial, der wichtigste Kanal für die Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den nationalen Parlamenten zu werden.

Auch wenn 2017 für IPEX im Hinblick auf seine Rolle und seine Ambitionen ein Jahr der intensiven und eingehenden Reflexion und Erneuerung war, nahm die Plattform doch weiterhin ihre konsolidierten Funktionen wahr. Im Rahmen des IPEX sind derzeit knapp 88 000 Seiten von nationalen Parlamenten und den Gemeinschaftsorganen veröffentlicht, auf denen kontrollbezogene Informationen in 12 500 Dokumenten enthalten sind, die von den Gemeinschaftsorganen erstellt wurden, und die mit über 10 000 Dossiers verknüpft sind. 2017 wurde die Gesamtanzahl legislativer und nichtlegislativer Dokumente in IPEX auf 1 053 beziffert (2016: 1 064, 2015: 805, 2014: 933).

Im Jahr 2017 konnte die IPEX-Website 307 737 Einzelbesucher verzeichnen, ein deutlicher Anstieg, der dem allgemein zunehmenden Trend der Vorjahre entspricht. Die Zahl der aufgerufenen Seiten - knapp 6 Millionen - entspricht dem Muster der letzten drei Jahre.

6.3 Andere Instrumente und Netzwerke

Vertreter der nationalen Parlamente in Brüssel

Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten empfängt die von den nationalen Parlamenten/Kammern der EU benannten Verwaltungsvertreter im Europäischen Parlament. Seit 1991 (2016 wurde das 25. Jubiläum dieser Regelung gefeiert) und mit dem Ziel der Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit in der EU stellt das Europäische Parlament für die Vertreter in seinen Räumlichkeiten in Brüssel und Straßburg auf Anfrage kostenlos Büroräume und andere hauseigene Einrichtungen bereit.

Im Laufe der Zeit haben alle nationalen Parlamente der EU einen nationalen Beamten nach Brüssel entsandt, um die Beziehungen zur EU zu pflegen. Derzeit arbeiten 55 Personen aus 40 Kammern in 37 Büros. Die Vertreter arbeiten in demselben Gebäude des Europäischen Parlaments, in dem auch die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten

untergebracht ist. Das trägt zur Entstehung zahlreicher Synergien bei und fördert einen einfachen Austausch.

Diese Vertreter sind nationale Beamte, die eine administrative und neutrale Funktion innehaben: Ihre Aufgabe der gegenseitigen Information (als wechselseitiger Informationsfluss zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten) ist ein entscheidender Faktor in den EU-Angelegenheiten, da das oberste Ziel dieses Austauschs sehr konkret ist, nämlich die Suche nach gemeinsamen Antworten auf parlamentarischer Ebene auf die vielen Herausforderungen, mit denen die Europäische Union konfrontiert ist.

Eine aktuelle Liste der Vertreter ist abrufbar unter:
www.europarl.europa.eu/relnatparl/en/about/contacts.

Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes

Die interparlamentarische Zusammenarbeit und der Austausch werden in der vorbereitenden Phase der parlamentarischen Dimension eines jeden Ratsvorsitzes der EU verstärkt. Wenn das Parlament eines Landes, das den wechselnden Vorsitz im Rat der EU zum ersten Mal innehat, einen Antrag auf Unterstützung durch das Europäische Parlament bei der Vorbereitung seiner Aktivitäten im Zusammenhang mit der parlamentarischen Dimension des Ratsvorsitzes stellt, kann sich das Europäische Parlament an den Kosten des Programms beteiligen. Das Europäische Parlament strebt im Rahmen dieses Programms die Bereitstellung von maßgeschneiderter Unterstützung auf der Basis des Bedarfs und der Prioritäten des Ratsvorsitzes an.

Nach einer Änderung des Kalenders der Ratsvorsitze der EU hat eine beispiellose Folge an Mitgliedstaaten erstmals das Ruder bei der EU übernommen: die Slowakei, Malta, Estland und Bulgarien. Die Parlamente dieser Länder haben alle das Programm zur Unterstützung des Parlaments des Ratsvorsitzes der EU in Anspruch genommen.

Auf Initiative des maltesischen Parlaments wurde zur Vorbereitung der parlamentarischen Dimension vor der Übernahme des Ratsvorsitzes ein Besuch in Malta durchgeführt. Die Direktion für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten war bei einem Seminar zur Subsidiarität vertreten, das bei dieser Gelegenheit stattfand.

2017 führte die Direktion erfolgreich mehrere Studienbesuche und Informationsveranstaltungen für Fachleute des estnischen und des bulgarischen Parlaments mit mehreren Ausschüssen und Dienststellen des Europäischen Parlaments durch. Ein ähnliches Programm ist für das rumänische Parlament vorgesehen.

Die Teilnehmer an diesem Programm bestätigten, dass der umfangreiche frühe Austausch eine bessere Planung der parlamentarischen Dimension ermöglicht hat. Das Networking mit allen relevanten Gesprächspartnern (Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Beamten des Europäischen Parlaments, Vertretern der nationalen Parlamente, dem IPEX-Verantwortlichen, dem COSAC-Sekretariat, den Projektteams für interparlamentarische Konferenzen) und der Austausch über gewonnene Erkenntnisse aus jüngsten Erfahrungen wurden sehr begrüßt. Der Wissenstransfer und die kontinuierliche Kommunikation haben zudem zur Konsistenz der Arbeit im Rahmen der parlamentarischen Dimension verschiedener Ratsvorsitze beigetragen.

Wöchentliches Programm der Tätigkeiten, an denen nationale Parlamente beteiligt sind („Weekly agenda“)

Die Direktion veröffentlicht über ihre „Weekly agenda“ umfangreiche Informationen über Veranstaltungen mit oder unter Beteiligung nationaler Parlamente. Damit sollen die Transparenz und die Sichtbarkeit der zahlreichen interparlamentarischen Tätigkeiten verbessert werden. Die „Weekly agenda“ wird allen Mitgliedern und den meisten Dienststellen des Europäischen Parlaments zugesandt. Sie umfasst die Veranstaltungen der kommenden zwei Wochen.

7. ANHÄNGE

ANHANG I - Tagungen der COSAC - Themen und Hauptreferenten 2017

COSAC-Veranstaltung	Themen	Hauptreferenten/Podiumsredner des Europäischen Parlaments
Sitzung der Vorsitzenden Malta, 22.-23. Januar 2017	I Überlegungen zum EU-Ratsvorsitz Maltas II Diskussion über das jährliche Arbeitsprogramm der Kommission 2017	Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO)
Plenarsitzung der LVII. COSAC, Malta, 28.-30. Mai 2017	I Überlegungen zum maltesischen Ratsvorsitz II Die Rolle der nationalen Parlamente in der Zukunft der EU III Ergebnis des britischen Referendums - Sachstand IV Ausbau der „blauen Wirtschaft“ - Hin zu einer nachhaltigeren integrierten Meeresspolitik der EU V Migration - Bekämpfung von Menschenhandel und Menschenhandel und Festlegung einer humanen und wirksamen Rückkehr- und Rückübernahmepolitik	Mairead McGuinness, Erste Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO)
Sitzung der Vorsitzenden Tallinn, 9.-10. Juli 2017	I Prioritäten des estnischen Ratsvorsitzes II Von Start-ups zu Scale-ups - Das ungenutzte Potenzial der EU	
Plenarsitzung der LVIII. COSAC, Tallinn, 26.-28. November 2017	I Die Zukunft der Europäischen Union II Die Europäische Union den Bürgern näherbringen - Wie sehen bewährte Verfahrensweisen nationaler Parlamente aus? III Digitaler Binnenmarkt: derzeitiger Ausbau von elektronischen Diensten IV Aufbau einer wirksamen und zukunftsfähigen Sicherheitsunion V Die externe Dimension von Migration: Prävention und Bekämpfung von illegaler Einwanderung	Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments (AFCO)

Detailliertere Informationen zur Tagesordnung der COSAC-Sitzungen werden von den Ratsvorsitzen auf der COSAC-Website veröffentlicht: www.cosac.eu

ANHANG II - Von Ausschüssen des Europäischen Parlaments in Brüssel⁹ organisierte interparlamentarische Treffen im Jahr 2017

Ausschuss des EP	Veranstaltung	Teilnahme			
		Nationale Parlamente ¹⁰			EP
		Mitglieder	Länder	Parlamente/ Kammern	Mitglieder
ECON/ BUDG/ EMPL	30. Januar - 1. Februar Europäische Parlamentarische Woche: Die Zyklen des Europäischen Semesters 2016-2017 Interparlamentarische Konferenz gemäß Artikel 13 des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion	98	24	30	90 ECON/ PANA Interparlamentarische Ausschusssitzung - 49 EMPL Interparlamentarische Ausschusssitzung - 12 BUDG Interparlamentarische Ausschusssitzung - 29
LIBE	28. Februar <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Die dritte Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems - Stellen wir uns der Herausforderung!“	46	18	21	40
FEMM	8.-9. März <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Stärkung der wirtschaftlichen Stellung der Frau - Aufforderung zum gemeinsamen Handeln“	25	15	16	19
AFCO	2. Mai <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Anwendung der die nationalen Parlamente betreffenden Bestimmungen des Vertrags“ Berichterstatter: Paulo Rangel	11	8	9	9
LIBE	11. Mai <u>Meinungsaustausch</u> zwischen dem Europäischen Parlament, nationalen Parlamenten und der Zivilgesellschaft: Umfassende Bewertung der EU-Sicherheitspolitik	13	9	9	16
LIBE	22. Juni <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte“	25	15	18	22

⁹ Soweit nicht anders angegeben, handelt es sich bei allen Sitzungen um interparlamentarische Ausschusssitzungen.

¹⁰ Mitgliedstaaten der EU, Kandidatenländer, potenzielle Kandidatenländer, die Schweiz und Norwegen.

LIBE	9.-10. Oktober Konstituierende Sitzung des „Gemeinsamen parlamentarischen Kontrollausschusses zu Europol“ (JPSG)	69	26	34	29 9. Oktober 2017 (12) Vollmitglieder des JPSG: 10 Stellvertr. Mitglieder des JPSG: 1 Sonstige MdEP: 1 10. Oktober 2017 (17) Vollmitglieder des JPSG: 12 Stellvertr. Mitglieder des JPSG: 2 Sonstige MdEP: 3
ECON	10. Oktober <u>Meinungsaustausch</u> zwischen dem Europäischen Parlament und nationalen Parlamenten zum Thema „Länderspezifische Empfehlungen und gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer- Bemessungsgrundlage“	29	18	20	24
AFCO	11. Oktober <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> Die Zukunft Europas: „Perspektiven zu den Vorschlägen des Europäischen Parlaments und dem Weißbuch der Kommission“	25	16	19	11
DEVE	21. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik und Ziele der nachhaltigen Entwicklung“	23	22	26	27
AFET	21. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „EU-Beitrittsprozess des westlichen Balkans“	33	25	29	63
FEMM	21. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Übereinkommen von Istanbul: Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf nationaler und EU-Ebene“	31	15	18	17
REGI	22. November <u>Interparlamentarische Ausschusssitzung:</u> „Aktuelle Hauptthemen der Kohäsionspolitik und Zukunft nach 2020“	22	13	15	33
INSGESAMT		450			400

**ANHANG III - Besuche nationaler Parlamente¹¹ im Europäischen Parlament
(einschließlich Videokonferenzen) 2017**

Datum	Land/Kammer	Ausschuss/Sonstiges
9.1.2017	FR – Assemblée nationale	Reform des Emissionshandelssystems der EU
12.1.2017	FR – Assemblée nationale	Claude Bartolone, Präsident der Französischen Nationalversammlung mit Delegation (Mitglieder, Beamte, Kabinettsmitglieder)
17.-19.1.2017	UK – House of Lords	Sonderausschuss Europäische Union
25.1.2017	UK – House of Lords	Unterausschuss für EU-Finanzangelegenheiten
25.1.2017	FR – Assemblée nationale	Besuch zur Gemeinsamen Agrarpolitik
25.1.2017	DK – Folketinget	Arbeitsbesuch von Beamten
31.01.2017	NO – Norwegisches Parlament	Ständiger Ausschuss für Verkehr und Kommunikation des norwegischen Parlaments
6.2.2017	NL – Tweede Kamer	Mitglieder des niederländischen Abgeordnetenhauses
6.-7.2.2017	BG – Narodno Sabranie	Besuch von Beamten
8.2.2017	IR – Houses of the Oireachtas	Gemeinsamer Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
8.-9.2.2017	NO – Norwegisches Parlament	Arbeitsbesuch des norwegischen Parlaments
27.2.2017	UK – House of Commons	Ausschuss für walisische Angelegenheiten
28.2.2017	EE – Riigikogu	Treffen mit Ko-Vorsitzenden der COSAC und Kommissionsmitglied Avramopoulos
2-3.3.2017	EE – Riigikogu	Besuch Generalsekretär und Beamte
3.3.2017	NO – Norwegisches Parlament	Besuch des Ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung
7.3.2017	FR – Assemblée nationale	Arbeitsbesuch von Beamten
9.-10.3.2017	EE – Riigikogu	Besuch von Beamten
20.3.2017	DK – Folketinget und isländisches Parlament	Arbeitsbesuch von Mitgliedern und Beamten
23.3.2017	NO – Norwegisches Parlament	Präsentation für die Leiter des norwegischen Instituts für öffentliche Gesundheit
23.3.2017	DK – Folketinget	Treffen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für europäische Angelegenheiten, einschließlich eines Parteivorsitzenden und mehreren ehemaligen Ministern, mit Guy Verhofstadt, Vorsitzender der ALDE-Fraktion, Beauftragter des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über den Brexit, und Danuta Hübner, Vorsitzende des Ausschusses für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments
23.3.2017	FR – Assemblée nationale	Beamte treffen Beamte der Sekretariate des ENVI- und des ITRE-Ausschusses des EP
28.3.2017	UK – House of Commons	Ausschuss für den Austritt aus der Europäischen Union
28.-30.3.2017	BG – Narodno Sabranie	Besuch von Beamten
29.3.2017	FR – Assemblée nationale	ECON-Sekretariat
29.3.2017	UK – House of Lords	Dialog über den Brexit
30.3.2017	FR – Assemblée nationale	Arbeitsbesuch von Beamten
20.4.2017	AT – Österreichisches Parlament	GD COMM, GD INLO
25.4.2017	UK – House of Commons	Sonderausschuss
26.4.2017	DK – Folketinget	EU-Ausschuss

¹¹ Nationale Parlamente der EU, norwegisches Parlament, Nordischer Rat.

26.-28.4.2017	BG – Narodno Sabranie	Besuch von Beamten
3.5.2017	UK – House of Commons	Sonderausschuss
3.5.2017	UK – House of Lords	Dialog über den Brexit
4.5.2017	UK – House of Lords	Dialog über den Brexit
9.5.2017	GR – Griechisches Parlament	Besuch des Präsidenten des griechischen Parlaments
30.5.2017	IT – Camera dei Deputati	Ausschuss zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Hassphänomenen (Jo-Cox-Ausschuss) unter dem Vorsitz von Laura Boldrini, Präsidentin der italienischen Abgeordnetenkammer, und IT MdEP Cécile Kashetu Kyenge, Ko-Vorsitzende der Interfraktionellen Arbeitsgruppe für die Bekämpfung von Rassismus und für Vielfalt des EP (ARDI) (Videokonferenz)
6.6.2017	UK – House of Commons	Studienbesuch von Beamten
7.6.2017	EE – Riigikogu	Besuch der Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und des Ausschusses für nationale Verteidigung
7.-8.6.2017	EE – Riigikogu	Besuch von Beamten
7.6.2017	DE – Bundestag	Gruppe von Studenten der Humboldt-Universität
8.6.2017	ES – Cortes Generales	Treffen von Las Cortes Generales de España mit EP-Präsident Antonio Tajani
8.6.2017	NO – Norwegisches Parlament	Besuch von Mitarbeitern von Statnett
9.6.2017	NO – Norwegisches Parlament	Praktikanten des norwegischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten
26.6.2017	NL – Tweede Kamer	EU-Ausschuss
26.6.2017	NL – Tweede Kamer	Besuch von Sven Koopmans, Berichterstatter für das Thema „Europäisches Wahlrecht“
27.-28.6.2017	LT – Seimas	Delegation des litauischen Parlaments
4.-5.7.2017	UK – House of Commons	Arbeitsbesuch von Beamten
10.7.2017	IR – Irisches Parlament	Besuch von Beamten
10.7.2017	NL – Tweede Kamer	Delegation des niederländischen Abgeordnetenhauses
10.-13.7.2017	UK – House of Commons	1 Mitglied und 1 Beamter
12.7.2017	UK – House of Lords	Brexit
4.9.2017	UK – House of Commons	Besuch von MP Hilary Benn
5.9.2017	SE – Riksdag	Ausschuss für Industrie und Handel
12.-13.9.2017	FR – Assemblée nationale	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
20.9.2017	FR – Assemblée nationale	Studienbesuch von Beamten
21.9.2017	FR – Assemblée nationale	Studienbesuch von Beamten
22.9.2017	FR – Assemblée nationale	Studienbesuch von Beamten
25.9.2017	NL – Eerste Kamer	EU-Ausschuss
25.9.2017	UK – House of Commons IE – Houses of the Oireachtas	Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Britisch-Irischen Parlamentarischen Versammlung (BIPA)
27.9.2017	IT – Camera dei Deputati	Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses und italienische MdEP des PECH-Ausschusses (Videokonferenz)
28.9.2017	DK – Folketinget	Arbeitsbesuch von Beamten
4.10.2017	FI – Eduskunta	Ausschuss für die Zukunft - Zukunftsforschung
10.-11.10.2017	LT – Seimas	Besuch von Viktoras Pranckietis, Präsident, und Gediminas Kirkilas, Vizepräsident des litauischen Parlaments
11.-12.10.2017	RO – Senat	MP Radu Oprea
12.10.2017	IT – Senat	Delegation des italienischen Senats
12.10.2017	FR – Assemblée nationale	Damien Pichereau
13.10.2017	SE – Riksdag	Studienbesuch der schwedischen Parlamentsverwaltung (Referat EU-Koordination), Treffen mit Mitarbeitern von EP-Ausschüssen

20.10.2017	NO – Norwegisches Parlament	Präsentation für Mitarbeiter der norwegischen Vertretung bei der EU
30.10.2017	DK – Folketinget	Mitarbeiter der Ausschüsse
6.11.2017	FR – Assemblée nationale	Arbeitsbesuch von Beamten
6.-9.11.2017	BG – Narodno Sabranie	Besuch von Beamten
7.11.2017	FR – Assemblée nationale	Bilaterale Treffen zum Kontrollverfahren im EP
8.11.2017	UK – House of Lords	Strukturen der Politikgestaltung in der EU
8.11.2017	UK – House of Commons	Ausschuss für den Austritt aus der Europäischen Union
16.11.2017	FR – Assemblée nationale	Arbeitsbesuch von Beamten
20.11.2017	FI – Eduskunta	Großer Ausschuss
20.11.2017	FR – Assemblée nationale	Arbeitsbesuch von Beamten
22.11.2017	EE – Riigikogu	Generalsekretär des Riigikogu
23.11.2017	UK – House of Commons	Besuch beim INTA-Ausschuss
27.11.2017	FR – Assemblée nationale	Arbeitsbesuch von Beamten
29.11.2017	DK – Folketinget	Ausschuss für europäische Angelegenheiten
1.12.2017	NO – Norwegisches Parlament	Arbeitsbesuch von Beamten
4.12.2017	NL – Tweede Kamer	Ständiger Ausschuss für Finanzen
4.-5.12.2017	IE – Houses of the Oireachtas	Gemeinsamer Ausschuss für Landwirtschaft, Ernährung und Meeresumwelt
5.12.2017	FR – Assemblée nationale	Treffen von Abgeordneten und Beamten mit Bernd Lange, Vorsitzender des INTA-Ausschusses
7.-8.12.2017	BG – Narodno Sabranie	Besuch von Beamten

ANHANG IV - Daten zum Frühwarnmechanismus

Der Rechtsausschuss, der für Fragen in Zusammenhang mit der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips im Europäischen Parlament verantwortlich ist, hat folgende Begriffsbestimmungen für Dokumente ausgearbeitet, die von nationalen Parlamenten eingehen:

- **„Begründete Stellungnahmen“** sind Dokumente, aus denen hervorgeht, dass ein Entwurf eines Rechtssetzungsaktes nicht mit dem Subsidiaritätsgrundsatz vereinbar ist, und die beim Europäischen Parlament unter Einhaltung der Frist von acht Wochen gemäß Protokoll Nr. 2 Artikel 6 des Vertrags von Lissabon eingegangen sind.
- **„Beiträge“** sind alle anderen Dokumente, die die Kriterien für begründete Stellungnahmen nicht erfüllen.

Von nationalen Parlamenten 2017 eingegangene Dokumente			
		Begründete Stellungnahmen	Beiträge
Mitgliedstaat	Parlament/Kammer	2017	2017
Österreich	Nationalrat	0	0
Österreich	Bundesrat	6	9
Belgien	Chambre des Représentants	0	3
Belgien	Sénat	0	0
Bulgarien	Narodno Sabranie	0	0
Kroatien	Hrvatski Sabor	0	2
Zypern	Vouli ton Antiprosópon	0	4
Tschechische Republik	Poslanecká sněmovna	1	18
Tschechische Republik	Senát	1	45
Dänemark	Folketinget	0	8
Estland	Riigikogu	0	0
Finnland	Eduskunta	0	0
Frankreich	Assemblée Nationale	2	0
Frankreich	Sénat	7	19
Deutschland	Bundestag	6	4
Deutschland	Bundesrat	3	28
Griechenland	Vouli ton Ellinon	0	2
Ungarn	Országgyűlés	2	0
Irland	Houses of Oireachtas	2	1
Italien	Camera Dei Deputati	0	24
Italien	Senato	1	42
Litauen	Seimas	0	0
Luxemburg	Chambre des Députés	0	0

Lettland	Saeima	0	0
Malta	Kamra tar-Rappreżentanti	0	0
Niederlande	Tweede Kamer	2	6
Niederlande	Eerste Kamer	2	2
Polen	Sejm	2	1
Polen	Senat	4	5
Portugal	Assembleia da República	0	64
Rumänien	Camera Deputaţilor	1	10
Rumänien	Senat	2	24
Spanien	Cortes	1	46
Schweden	Riksdag	4	0
Slowenien	Državni Zbor	0	0
Slowenien	Državni Svet	0	0
Slowakei	Národná rada	0	3
Vereinigtes Königreich	House of Commons	0	2
Vereinigtes Königreich	House of Lords	0	0
INSGESAMT		49	372

Diese Tabelle enthält nur die Dokumente der nationalen Parlamente, die als Antwort auf die Entwürfe von Legislativakten eingegangen sind, die gemäß Protokoll 2 des Vertrags von Lissabon übermittelt wurden. Sie umfasst nicht die Dokumente, die als Antwort auf nichtlegislative Konsultationsdokumente, Grünbücher oder Weißbücher (d. h. im Rahmen des „informellen politischen Dialogs“) eingegangen sind.

ANHANG V - Europäisches Zentrum für Parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD)

A. Themen, zu denen politische Gremien und Verwaltungsdienststellen des Europäischen Parlaments im Jahr 2017 mittels vergleichender Anfragen das EZPWD-Netz konsultiert haben:

- 3525 Bewährte Verfahren und innovative Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der Verwaltung des Parlaments
- 3488 Vergütungen der Mitglieder von nationalen Parlamenten
- 3458 Veranstaltung von Anhörungen in Parlamenten
- 3436 Elektronische Signatur im Gesetzgebungszyklus
- 3368 Abfalltrennung in den Büros von Parlamenten

Das Europäische Parlament legte Antworten auf folgende Anfragen anderer EZPWD-Parlamente vor:

- 3597 Unabhängige Folgenabschätzung (ex-ante) von Gesetzesvorschlägen: Methoden, Kosten und Mittel
- 3606 Jugendprogramme in Parlamenten
- 3568 Strategie für die Online-Kommunikation
- 3563 Gesundheit - Medizinische Dienste (Ärzte) im Parlament
- 3554 IT-Ressourcen im Parlament
- 3578 In Parlamenten verwendete Stimmabgabegeräte
- 3549 Übersetzungsdienst im Parlament
- 3511 Kindergarten in parlamentarischen Einrichtungen
- 3514 IT-Zentralisierung in Parlamenten: Aktualisierungen des Betriebssystems und Sicherheitspatches
- 3528 Einrichtung des Petitionsausschusses in Parlamenten
- 3505 Parlamentarische Tätigkeiten und Agenda für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen
- 3444 Fragebogen für das EZPWD-Seminar zum Thema „Parliaments dealing with financial markets’ issues“ (Behandlung von Finanzmarktfragen durch Parlamente) (Athen, 5.-6. Oktober 2017)
- 3487 Austausch wissenschaftlicher Arbeiten
- 3476 Umfrage zur Zufriedenheit der Nutzer
- 3453 Bibliotheken und wissenschaftlicher Dienst
- 3452 Geschlechtsneutrale Sprache bei der Ausarbeitung von Rechtsakten
- 3445 Nutzung von Privatfahrzeugen der Abgeordneten für dienstliche Zwecke
- 3442 Diplomatenpässe für Abgeordnete
- 3402 Tabellarischer Lebenslauf von Abgeordneten
- 3421 Parlamentsmuseum
- 3401 Anstieg des Haushalts parlamentarischer Versammlungen
- 3376 Bibliotheken, wissenschaftliche Dienste und Dokumentationsdienste in Parlamenten: Erfahrungen, Trends und Perspektiven (Umfrage für das EZPWD-Seminar am 8.-9. Juni 2017 in Rom)
- 3358 Fragebogen zur materiellen Situation von Abgeordneten
- 3383 Praxis der Verwendung von Präambeln in Rechtsakten
- 3361 Beteiligung von Parlamenten an der Außenpolitik

- 3352 Fragebogen zum EZPWD-Seminar „Parliaments’ legitimacy and the new supervisory instruments“ (Legitimität von Parlamenten und neue Überwachungsinstrumente)
- 3372 Zukunftsforschung in Parlamenten
- 3354 Personal in Bibliotheken, wissenschaftlichen Diensten, in der Dokumentenverwaltung und in Archiven von Parlamenten
- 3344 Umsetzung der EU-Verordnung 2016/679 zum Schutz personenbezogener Daten in Parlamenten
- 3326 Wie konsultieren Parlamente Bürger und Interessenträger?
- 3314 Wissenschaftlicher Dienst von Parlamenten

B. EZPWD-Seminare und satzungsgemäße Sitzungen im Jahr 2017

Seminare		
Seminar „Legitimität von Parlamenten und neue Überwachungsinstrumente“ (Interessengebiet Parlamentarische Praxis und Verfahren)	Lissabon	8.-9. Mai
Seminar „Bibliotheken, wissenschaftliche Dienste und Dokumentationsdienste: Erfahrungen, Tendenzen und Perspektiven im Vergleich“ (Interessengebiet Bibliotheken, Recherchedienste und Archive)	Rom, Senat und Abgeordnetenkammer	8.-9. Juni
Seminar „Auswirkungen haushaltspolitischer Zwänge auf Investitionen in IKT-Dienste von Parlamenten“ (Interessengebiet IKT in Parlamenten)	Valletta	14.- 15. September
Seminar „Die Zukunft wissenschaftlicher Dienste von Parlamenten in einer Zeit des raschen Wandels: Optimierung von Qualität, Dienstleistung, Ergebnissen und Relevanz“ (Interessengebiet Bibliotheken, Recherchedienste und Archive)	Brüssel, EP	21.- 22. September
Seminar „Behandlung von Finanzmarktfragen in Parlamenten“ (Interessengebiet Wirtschaft und Haushalt)	Athen	5.-6. Oktober
Satzungsgemäße Sitzungen		
Sitzung des Exekutivausschusses	Wien	9.-10. März
Sitzung des Exekutivausschusses	Stockholm	28.- 29. September

Jahreskonferenz der Korrespondenten 40. Jahrestag der Gründung des EZPWD	Straßburg, EP und PACE	19.-21. Oktober
---	---------------------------	-----------------

C. Spotlight on Parliaments in Europe - Schlaglicht auf Parlamente in Europa

- Nr. 14 - Mitgliedstaaten: keine speziellen Verfassungsbestimmungen für den Austritt aus der EU
- Nr. 15 - Einstellung von Familienmitgliedern als parlamentarische Assistenten
- Nr. 16 - Verbreitung von Hassreden über soziale Netze
- Nr. 17 - Maßnahmen zur Verringerung des Verbrauchs von Plastiktüten und Einweggeschirr
- Nr. 18 - Strafrechtliche Sanktionen für illegale Einreise und Aufenthalt im Recht der EU-Mitgliedstaaten

NATIONALE PARLAMENTE DER EU-MITGLIEDSTAATEN

März 2018



direkt gewählt



indirekt gewählt / ernannt / sonstige

 Belgique/België/ Belgien BELGIEN Kamer van volksvertegenwoordigers/ Chambre des représentants/ Abgeordnetenversammlung 150  Senaat/ Sénat/ Senat 60 	 България BULGARIEN Народно събрание (Narodno sabranie) 240 	 Česká republika TSCHECHISCHE REPUBLIK Poslanecká sněmovna 200  Senát 81 	 Danmark DÄNEMARK Folketinget 179 
 Deutschland DEUTSCHLAND Deutscher Bundestag 709  Bundesrat 69 	 Eesti ESTLAND Riigikogu 101 	 Éire/Ireland IRLAND Dáil Éireann 158  Seanad Éireann 60 	 Ελλάδα GRIECHENLAND Βουλή των Ελλήνων (Vouli ton Ellinon) 300 
 España SPANIEN Congreso de los Diputados 350  Senado 208  58 	 France FRANKREICH Assemblée nationale 577  Sénat 348 	 Hrvatska KROATIEN Hrvatski sabor 151 	 Italia ITALIEN Camera dei Deputati 630  Senato della Repubblica 315  5 
 Κύπρος ZYPERN Βουλή των Αντιπροσώπων (Vouli ton Antiprosopon) 56 	 Latvija LETTLAND Saeima 100 	 Lietuva LITAUEN Seimas 141 	 Luxembourg LUXEMBURG Chambre des Députés 60 
 Magyarország UNGARN Országgyűlés 199 	 Malta MALTA Il-Kamra Tad-Deputati 67 	 Nederland NIEDERLANDE Tweede Kamer 150  Eerste Kamer 75 	 Österreich ÖSTERREICH Nationalrat 183  Bundesrat 61 
 Polska POLEN Sejm 460  Senat 100 	 Portugal PORTUGAL Assembleia da República 230 	 România RUMÄNIEN Camera Deputatilor 329  Senat 136 	 Slovenija SLOWENIEN Državni zbor 90  Državni svet 40 
 Slovensko SLOWAKEI Národná Rada 150 	 Suomi/ Finland FINNLAND Eduskunta 200 	 Sverige SCHWEDEN Riksdagen 349 	 United Kingdom VEREINIGTES KÖNIGREICH House of Commons 650  House of Lords 785 



RELNATPARL@EP.EUROPA.EU

WWW.EUROPARL.EUROPA.EU/RELNATPARL